

# DIE LINKE

Sozialistische Monatschrift für Dresden

Dezember  
2014

## EDITORIAL



von Tilo Kießling

Am Ende kommt das Beste. Ein Artikel von Kristin Hofmann, der uns wieder zurückbringt zum Ausgangspunkt linker Fragen: Wie kann sie aussehen, die bessere Welt, und was können wir jetzt tun, damit wir ihr morgen etwas näher kommen?

Unsere letzte Vorstandssitzung im Jahr 2014 begann mit einem Glas Sekt für alle Anwesenden. Das bisher beste Jahr der LINKEN in Dresden liegt hinter uns. Und die Wirkungen unseres Erfolges kann man dann in unserer Zeitung beschrieben finden. Eine gute politische Arbeit der Partei lange vor den Wahlen, ein kraftvoller, pointierter Wahlkampf, respektvoller Umgang mit politischen Partnern, ein gutes Wahlergebnis, die vertragliche Sicherung einer Rathauskooperation zwischen Grünen, SPD, Piraten und uns, der Beitritt der Piratenstadträte zu unserer Fraktion und als Schlusspunkt ein Haushaltsbeschluss, den Annekatriin Klepsch und André Schollbach näher in dieser Ausgabe beschreiben. Und ganz nebenbei sind unserer Partei in Dresden fast 70 neue Genossinnen und Genossen beigetreten.

Im Januar werden Annekatriin Klepsch und ich dem Stadtvorstand vorschlagen, welche Kandidatur wir für den Posten des Dresdner Oberbürgermeisters unterstützen wollen und auf welchem Weg wir die Meinung unserer Mitglieder dazu einholen. Mit dieser letzten Wahl ist dann der Wahlmarathon erst einmal beendet.

Gleichzeitig aber, und auch davon kann man in dieser Ausgabe lesen, überschattet mit den montäglichen PEGIDA-Demonstrationen ein aktuelles Phänomen diese tagespolitischen Aufgaben. Sozialer Protest wird mit nationalistischen und rassistischen Forderungen katalysiert und erreicht ungeahnte Größenordnungen. Daraus folgen zwei Fragen: zum einen, natürlich, was ist die adäquate Antwort unseres Stadtverbandes auf diese Ereignisse, zum anderen aber, ebenso drängend: Warum ist diese soziale Unzufriedenheit nicht Triebkraft einer Entwicklung nach links?

Mit diesen Denkaufgaben verabschiede ich mich von Euch in die Zeit des Jahreswechsels.

# Ein guter Start ins neue Jahr

von Annekatriin Klepsch

Das Jahr 2014 neigt sich dem Ende zu und wohl die wenigsten hätten zu Beginn sagen können, was uns politisch am Jahresende beschäftigen wird. Der erste Ministerpräsident der LINKEN im benachbarten Thüringen, die wachsende Herausforderung, Flüchtlinge angemessen aufzunehmen und eine islam- und fremdenfeindliche Protestbewegung sind es gegenwärtig, die die Gemüter bewegen. Ein Vierteljahrhundert nach dem ausgiebig erinnerten politischen Herbst 1989 sind das die neuen Themen.

Das Ergebnis der Kommunalwahl im Mai öffnete die Fenster im Rathaus, um frischen Wind in den Stadtrat zu lassen. Die Parteien der sogenannten linken Seite wollten die Chance einer neuen politischen, wenn auch knappen Mehrheit, nicht ungenutzt verstreichen lassen und haben eine Kooperation geschmiedet, die ihre erste große Bewährungsprobe im Dezember im Stadtrat bestanden hat. Dresden hat trotz aller Unkenrufe, Fallstricke und Beschimpfungen von schwarz-gelb zum Jahresende einen beschlossenen Doppelhaushalt für die Jahre 2015/2016. Angesichts eines Haushaltsvolumens von 1,3 Milliarden Euro pro Jahr ist die Umverteilung von einem Prozent der Gelder verschwindend gering, aber sie kann Symbolkraft entwickeln. Nämlich dort, wo es nötig ist zu zeigen, dass es anders geht. Wo die Schwachen und Bedürftigen in unserer Gesellschaft jede Hilfe benötigen. Oder wo oft mit wenigen tausend Euro Sinnvolles entstehen und fortgeführt werden kann.

Das Ringen um einen gemeinsamen rot-grün-rot-orangen Doppelhaushalt für Dresden war ein Kraftakt, aber auch eine Herausforderung, die politische Partner zusammenschweißt. Während der Finanzbürgermeister wenige Tage vor Beschlussfassung mit neuen Millionen jonglierte, die hier und da fehlen und ein Hinauszögern des Schulhausbaus vorschlägt, haben sich die Haushaltspolitiker der neuen Gestaltungsmehrheit nicht ins Bockshorn jagen lassen, sondern ihre Prioritäten in Zahlen gegossen. Die Einführung einer Ombudsstelle im Jobcenter, um die zahlreichen



Foto: Max Kretzschmar

Widersprüche und Widersprüchlichkeiten niederschwellig zu klären, war ein gemeinsames Vorhaben der politischen Bündnispartner. Die Erweiterung des Sozialtickets für Dresden-Pass-Inhaber auf 50 Prozent ebenso. Für das Lieblingsprojekt der LINKEN, die Neugründung einer städtischen Wohnungsgesellschaft mit dem Ziel, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, stehen im nächsten Jahr 1 Million Euro bereit. Gegen den schwarz-gelben Straßenbauverbreitungswahn der letzten Jahre setzt rgoro eine Radewegeausbauprogramm mit 1 Million Euro pro Jahr.

Die gleiche Summe wird in den nächsten beiden Jahren zusätzlich in die Förderung der Kulturvereine und freien Künstler fließen, um Tarifanpassungen und Kostensteigerungen nach Jahren der Stagnation berücksichtigen zu können und auch die Musikschule der Stadt, das Schütz-Konservatorium, kann damit sein Angebot aufrecht erhalten. Auch die Finanzierung der freien Jugendhilfe erhält pro Jahr 3 Milli-

onen Euro mehr, um nicht mehr die Arbeitszeit kürzen und das Angebot ausdünnen zu müssen, wenn Tarifanpassungen sonst unbezahlbar sind.

Alles das sind Symbole, Bildung, Jugend, Soziales und Kultur haben Vorrang bei der neuen Mehrheit im Dresdner Stadtrat. Symbole sind wichtig, sie sollen Wählerinnen und Wählern signalisieren: Du bist uns wichtig, dein Wirken in dieser Stadt ist uns wichtig, wir nehmen dich ernst. Ein guter Start in die neue Legislatur des Stadtrates.

Annekatriin Klepsch  
und Tilo Kießling sind  
Vorsitzende von  
DIE LINKE. Dresden



# Die Angst der Tapferen

Alles darf der Retter des Abendlandes sein - nur kein Opfer eines Systems, das ihm empfohlen wurde

von Uwe Schaarschmidt

Die erste PEGIDA-Demonstration ist nun schon fast vier Jahre her. Allerdings fand sie weder unter diesem Namen statt, noch war sie als Demonstration angemeldet. Vielmehr pilgerten am 13. Januar 2011 etwa 2.500 Menschen zur Dresdner Messe, um Thilo Sarrazin beim Lesen seiner Messe zu lauschen. Wer damals als Gegendemonstrant vor Ort war, wird bestätigen können: Es war der gleiche Typus Bürger zu sehen, der heute allmorgendlich durch die Dresdner Innenstadt spaziert. „Deutschland schafft sich ab“ - so heißt Sarrazins Buch und „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ ist die - etwas pathetisch geratene - Schlussfolgerung aus der Lektüre.

Sarrazins Buch ging inzwischen über 1,5 Millionen mal über den Ladentisch. Das macht deutlich, mit welchem Potenzial man es hier zu tun hat. Etwa 30.000 Dresdner Wähler\_innen haben bei der Landtagswahl vor dreieinhalb Monaten für Parteien rechts von der CDU gestimmt - bei den Demonstrationen ist also noch deutlich Luft nach oben, was die Anzahl der Teilnehmer betrifft. Inzwischen überschlagen sich nicht mehr nur in den Medien, sondern auch in der Politik die Mutmaßungen, womit man es hier wohl zu tun hat. Relativ einig ist man sich dabei, dass es sich um Angst handelt. Über deren Herkunft jedoch ist man sich - besonders in der Politik - uneinig. Allerdings hätte man seinen Hintern darauf verwetten können, dass auch eine der unsäglichsten Worthülsenbatterien bald zu Einsatz kommt: „Wir müssen die Sorgen und Nöte dieser Menschen ernst nehmen.“ Das wurde inzwischen vielfach gesagt und es ist die pure Verlogenheit einer politischen Klasse, welche die Sorgen und Nöte der Menschen über Jahre hinweg selbst produziert hat - und zwar ebenso bewusst, wie sie die daraus resultierenden Ängste seit Jahren auf Sündenböcke kanalisiert hat.

## Besorgte Bürger

Nein - es sind nicht die klassischen Nazi-Typen, welche die Mehrheit der PEGIDA-Demonstranten stellen. Die Mehrheit dort sind völlig verunsicherte Angehörige der unteren Mittelschicht, jener, die es schon immer gab und jenes Teils davon, den die Verschärfung der ökonomischen Wettbewerbsbedingungen durch den gesellschaftlichen Strukturwandel zur Dienstleistungsgesellschaft neu produziert hat. Wenn sich aber die Wettbewerbsbedingungen

verschärfen, verschärfen sich auch automatisch die Abstiegs- und Verlustängste an den unteren Rändern der gesellschaftlichen Schichten. „Schlanke Produktion“ bzw. Outsourcing waren die Zauberformeln der 1990er Jahre und besonders der Osten, wo auf Grund der Deindustrialisierung Heerscharen von Industriearbeitern und Angestell-

te prekär ist, als die der völlig Abgehängten der Gesellschaft. Frühere Hausmeister, Betriebsklempner, Kraftfahrer usw. wurden zu Unternehmern, die vorrangig sich selbst oder die Familie ausbeuten. Mangelnde Kapitaldecke, Kreditbelastungen, schmale oder keine Rücklagen und vor allen Dingen ein enormer Konkurrenzdruck untereinander lasten auf den ehe-



Foto: Uwe Schaarschmidt

ten auf den Arbeitsämtern landeten, bot ein ideales Testfeld für den Aufbruch in die Dienstleistungsgesellschaft. Vielen Menschen blieb gar nichts übrig, als in den Dienstleistungssektor zu wechseln - zum Großteil als nunmehr selbstständige (Kleinst)Unternehmer. Auch die verbliebenen und neu entstehenden Unternehmen des sekundären Sektors setzten auf Outsourcing und es entstand jene untere Mittelschicht, deren wirtschaftliche Situation nicht viel weniger

maligen Kollegen - jetzt „Wettbewerbs Teilnehmer“. Hinzu kam die zunehmende Bedeutung der webbasierten Wirtschaft, die vor allen Dingen kleine und auch mittlere Händler zur Aufgabe zwang oder zu beträchtlichen Umsatzeinbußen führte.

## Unschuldsvormutung ausgeschlossen

Entstanden ist ein misstrauisches, verbittertes, überarbeitetes und ökonomisch wie psychisch instabiles Kleinstbürger-

tum, seinem Selbstverständnis nach zwar Teil der „Leistungsträger“ der Gesellschaft, in Wirklichkeit ein von den Bilanzen seiner Kundschaft abhängiges Milieu in (wenn überhaupt) prekärer Wohlstand. Und das sucht nach Schuldigen für seine Lage. Dass zwar jeder reich werden kann, aber eben nicht alle, hatte man ihm verschwiegen. Sarrazin, beginnend mit Hartz IV-Bashing und dem nachfolgenden, chauvinistischen Geschreibe vom drohenden kulturellen Untergang Deutschlands durch islamische Infiltration der deutschen Gesellschaft war das, was sie brauchten, gut vorbereitet durch die von der Union losgetretene politische Diskussion um die „Deutsche Leitkultur“ ab dem Jahr 2000, welche ohnehin vorhandene, fremdenfeindliche Ressentiments faktisch legalisiert hatte.

Der „Islamische Staat“, die Berichterstattung über seine Gräueltaten und die dadurch rapide ansteigenden Flüchtlingszahlen sind dann nur noch die Katalysatoren für jenes „Phänomen“ gewesen, vor dem wir heute stehen und das im Prinzip keines ist. Wettbewerb produziert immer mehr Verlierer, als Gewinner. Vereinzelung produziert Ohnmacht.

Eine Gesellschaft, in der Solidarität ein Wettbewerbsnachteil ist, produziert Neid und Missgunst. Kapitalistisches Gewinnstreben, dem man nach und nach alle Fesseln abnimmt, produziert Faschismus. Menschen, denen niemand mehr die Welt erklärt, sondern die konsequent darüber belogen werden, was auf ihr vor sich geht, laufen dann eben einem vorbestraften Bratwurstverkäufer hinterher. Hauptsache er sagt ihnen, was sie gern hören wollen, Hauptsache, er präsentiert einen Schuldigen, der seine Unschuld nicht beweisen kann, weil er per Herkunft schuldig ist.

Es geht hier weder um Religion, noch um etwaigen Terrorismus. Wenn sich die etablierte Politik nun erpressen und auf eine Diskussion über Asylpolitik oder gar Islamkritik einlässt, statt die sozioökonomischen und makroökonomischen Ursachen der gegenwärtigen Geschehnisse zu diskutieren, passiert nur eines: Der Extremismus der Mitte wird gesellschaftsfähig - die Demokratie schafft sich ab.

## DOKUMENTIERT

Mitte Juni 2014 legte die UN-Flüchtlingshilfe (UNHCR) ihren Jahresbericht 2013 „Global Trends“ vor: Die Ergebnisse sind bedrückend. Mit über **51,2 Millionen** Menschen auf der Flucht vor Krieg und Verfolgung übersteigen diese aktuellen Zahlen die Situation nach Ende des 2. Weltkriegs. Vor allem der Krieg in Syrien führte zum Anstieg von Flucht und Vertreibung, **2,5 Millionen** Menschen mussten flüchten, **6,5 Millionen** wurden zu Binnenvertriebenen. Dramatisch verschärfte sich die Situation durch Kriegsunruhen und Terror für Menschen in **Afrika** (vor allem Zentralafrika) und im **Südsudan**.

Drei Gruppen von Flüchtlingen werden im Bericht Global Trends unterschieden: Flüchtlinge, Asylsuchende und Binnenvertriebene.

Insgesamt sind es **16,7 Millionen** Flüchtlinge, **33,3 Millionen** sind Binnenvertriebene, die meisten von ihnen müssen in Konfliktzonen leben, in denen die Versorgung mit Hilfsgütern äußerst schwierig ist und die international geltenden Schutznormen für Flüchtlinge missachtet werden. **1,1 Millionen** Menschen stellten im vergangenen Jahr einen Asylantrag.

# Post aus dem Morgenland

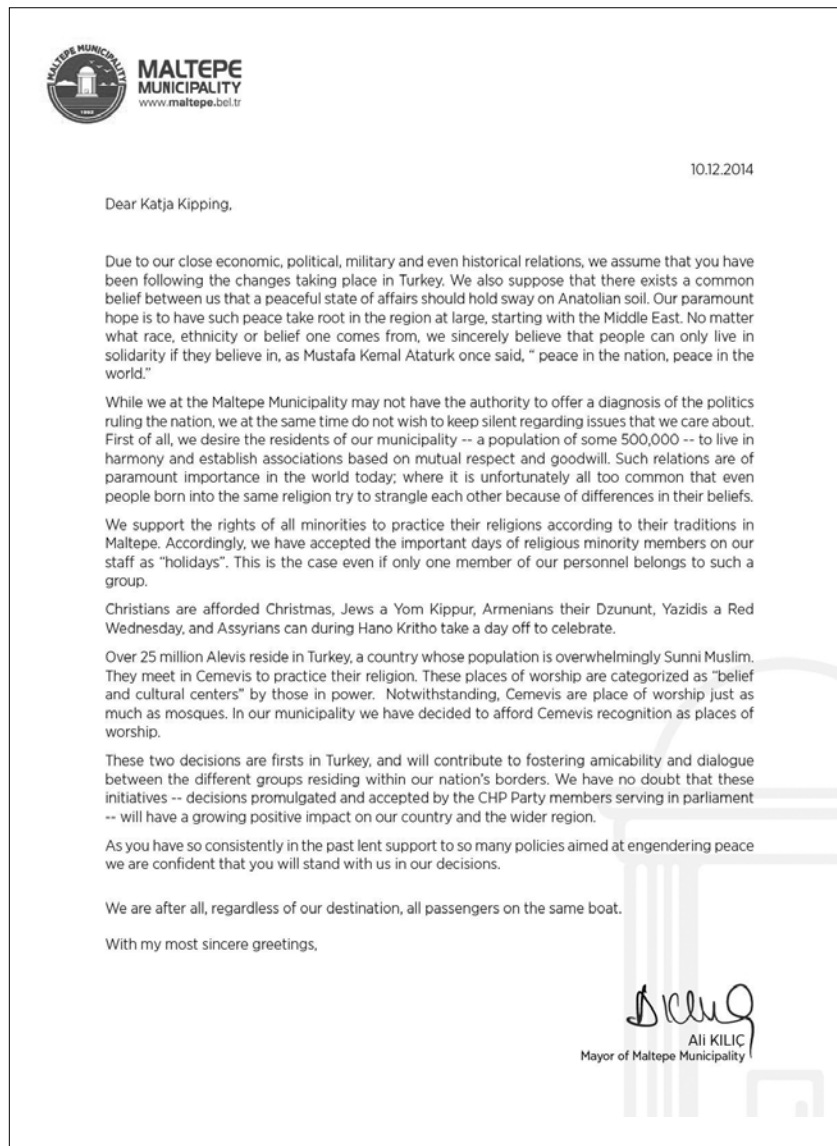
von Katja Kipping

Unter welchen Eindrücken er den Brief an mich geschrieben hat, weiß ich nicht. Sind es die Zustände im Nahen Osten? Sind es die fremdenfeindlichen PEGIDA-Demonstrationen in meiner Heimatstadt, die zu ihm durchgedrungen sind? Ich werde es herausfinden, werde ihn fragen.

„Er“ - das ist Ali Kilic, Bezirksbürgermeister des Istanbuler Stadtteils Maltepe, auf der asiatischen Seite der Bosphorus-Metropole gelegen. Etwa 500.000 Einwohner hat Maltepe - also etwa so viele wie Dresden. Vielleicht hat er auch von seinem alten Freund, dem ehemaligen Münchner OB Christian Ude, der im Moment als sein Berater arbeitet, von den Geschehnissen in Dresden erfahren. Jedenfalls hat er mir einen Brief geschrieben. Und der beginnt so:

*Liebe Katja Kipping, durch die engen wirtschaftlichen, politischen, militärischen und auch historischen Beziehungen nehmen wir an, dass Sie über den gesellschaftlichen Wandel in der Türkei im Bilde sind. Wir nehmen an, dass es eine gemeinsame Überzeugung zwischen uns dahingehend gibt, dass eine friedliche Situation auf anolischem Boden zu erhalten ist. Unsere größte Hoffnung ist es, dass der Frieden seine Wurzeln in der Region als Ganzes schlagen wird, beginnend mit dem Nahen Osten. Egal welche Rasse, Ethnie oder Weltanschauung - wir glauben aufrichtig, dass Menschen nur in Solidarität leben können, wenn sie daran glauben was, Mustafa Kemal Atatürk einmal sagte: „Frieden in der Nation, Frieden in der Welt.“*

Dann berichtet Herr Kilic, dass in seinem Stadtteil, wie überall in der Türkei, die verschiedensten Ethnien, Religionen und Kulturen miteinander leben. Wer die Geschichte des Osmanischen Rei-



ches ein wenig kennt, weiß, dass diese Multikulturalität eine Menge mit Kriegen, Flucht und Vertreibung zu tun hat. Nichts desto trotz seien sich die Menschen in Maltepe einig, dass nur ein Zu-

sammenleben in gegenseitigem Respekt und Wohlwollen ein friedliches Zusammenleben sein kann. Deshalb hat man sich in Maltepe zu einem - für die Türkei bislang einzigartigen - Weg entschieden.

*„Wir unterstützen die Rechte aller Minderheiten ihre Religion gemäß ihren Traditionen in Maltepe. Dementsprechend haben wir die wichtigsten Tage der den religiösen Minderheiten zugehörigen Menschen unter unseren Mitarbeitern als Feiertage akzeptiert. Dies ist auch der Fall, wenn nur ein Mitglied unserer Angestellten zu einer solchen Gruppe gehört. Christen feiern Weihnachten, Juden Jom Kippur, Armenier Dzununt, Yaziden einen Roten Mittwoch und Assyrer können während Hano Kritho einen Tag frei nehmen, um zu feiern.“*

*Mehr als 25 Millionen Aleviten leben in der Türkei, einem Land, dessen Bevölkerung überwiegend sunnitische Muslime sind. Sie treffen sich in Cemevis, um ihre Religion auszuüben. Diese Gotteshäuser sind als „Glaubens- und Kulturzentren“ von den Machthabern kategorisiert. Dennoch sind Cemevis Kultstätten, ebenso wie Moscheen. In unserer Gemeinde haben wir uns entschlossen, Cemevis die Anerkennung als Gotteshäuser zu gewähren.“*

Dass ich diesen Brief in einer Zeit erhalte, in der tausende Dresdner jeden Montag eine völlig irrationale Angst vor einer Religion und ihrer Kultur als Bemäntelung ihrer - durch ganz andere Probleme ausgelöst - Zukunftsängste vor sich hertragen, macht mich doppelt betroffen. Menschen, denen es wirtschaftlich meist wesentlich schlechter geht als uns, ist ein friedliches Zusammenleben wichtiger, als die Dominanz einer Mehrheitskultur. Wie viel menschliche Wärme steckt in diesem Handeln - wie viel menschliche Kälte müssen wir wie lange noch, Montag für Montag, in Dresden und anderswo ertragen?

[www.katja-kipping.de](http://www.katja-kipping.de)

## Kritisch ist nicht immer dagegen sein

von Dieter Gaitzsch

Wir kennen das alle, wer Kritik übt, findet sich plötzlich unter „Gleichgesinnten“ wieder, mit denen man nichts Gemeinsames hat.

Ein solches Beispiel gab es am 22.11.2014 am Vormittag vor der Heidenauer 49 Straße zu sehen. Der Heimatverein Niedersedlitz hatte zu einem Protest gegen das geplante Asylbewerberheim an der Niedersedlitzer Straße 49 aufgerufen. Seine Kritikpunkte waren:

- die intransparente Auswahl des Standortes durch die Stadtverwaltung;
- die mangelnde Einbeziehung der Bürger
- das ungeeignete Objekt

Dem Aufruf waren knapp 500 Menschen gefolgt. Der Vorsitzende Wolfgang Krusch sprach alle Kritikpunkte an und gab dann das Mikrofon frei. Unter anderem sprach der NPD Stadtrat Hartmut Krien, der von seinen Anhängern mit

Beifall bedacht, gegen die Asylsuchenden hetzte, indem er diese pauschal kriminalisierte. Desgleichen äußerte sich ein Bürger derart nationalistisch, dass einige Teilnehmer die Veranstaltung verließen. Es wurden von den Anhängern der NPD die Redner mit Beiträgen für die Asylbewerber ausgebuht.

Die mahnenden Worte von Herrn Krusch, keine Pauschalierungen vorzunehmen und Ausländer nicht zu kriminalisieren, verhallten ohne vernehmbares Echo. Die DNN-online titelte ihren Bericht über diese Veranstaltung mit „Heimatverein Dresden-Niedersedlitz lässt sich Veranstaltung zu Asylbewerberheim von Rechten aus der Hand nehmen“.

Wie gehen wir als LINKE mit der Kritik an dem Standort um? Richtig ist, der Standort ist schlecht gewählt, weil er:

- Am Rande von Dresden ohne



• mit schlechter Anbindung an die städtische Infrastruktur liegt;

- Ohne die Einbeziehung der Bürger und ohne Information zu Alternativen, welche die Bürger vorgeschlagen hatten, entschieden wurde;
- An einer sensiblen und schwer zu schützenden Stelle in unmittelbarer Nähe eines Umspannwerkes liegt;
- Weil er mit seiner Kapazität von ca. 170 Plätzen einer Massenunterkunft gleicht, welche wir ablehnen.

Ebenso zu bedenken ist aber auch, dass jede Verzögerung den Asylsuchenden den dringend benötigten Platz gefährdet. Niemand von uns will, dass die ankommenden Asylsuchenden in Turnhallen oder ähnlichen Notquartieren untergebracht werden. Hier hat die Stadtverwal-

tung der Stadt Dresden zumindest die Kommunikation mit den Bürgern versäumt und damit den nationalistischen und rassistischen Kräften ein Thema geliefert, an dem diese sich als „Interessenvertreter der Bürger“ profilieren können. Letztlich bleibt nichts weiter übrig, als neben der Kritik an der Stadtverwaltung, diesem schlechten Standort zuzustimmen, wenn man zuerst die Interessen der Asylsuchenden im Auge hat. Um die Asylsuchenden an diesem Standort nicht sich selbst oder den Rassisten zu überlassen, ist es auch unsere Aufgabe, eine Willkommenskultur durch die Zivilgesellschaft im Umfeld des Standortes zu entwickeln.

# Aufklärung schützt - vor Ansteckung und Vorurteilen

von Sarah Buddeberg

Jährlich wird am 1. Dezember, dem Welt-AIDS-Tag, mit verschiedenen Aktionen und Veranstaltungen zu Solidarität mit den Betroffenen aufgerufen. Ich war als Gleichstellungs- und Queerpolitische Sprecherin in diesem Jahr zu Besuch in Pirna und habe an dem Themenabend „Pirna zeigt Schleife“ des CSD-Vereins Pirna teilgenommen. Es ging bei dem Aktionstag und dem Themenabend um Bewusstsein, Toleranz und den Umgang mit der Erkrankung sowie AIDS-Prävention.

Denn auch wenn neueste Medikamente den HIV-Infizierten heute ein nahezu „normales“ Leben ermöglichen, besteht dennoch erheblicher Aufklärungsbedarf. Die Ansteckungsrate ist in Sachsen nach Angaben des Robert Koch-Instituts seit einigen Jahren konstant, es infizieren sich jährlich ca. 200 Menschen mit dem Virus, aus Unachtsamkeit oder Unwissen. Das Hauptaugenmerk von Aufklärungsarbeit sollte allerdings neben der Thematisierung der Ansteckungswege vor allem darauf abzielen, die gesellschaftliche Diskriminierung von Infizierten aufzuzeigen und abzubauen. An-



Foto: Ralf Schmitz / pixelio.de

steckungsgefahr besteht in erster Linie bei Sexualkontakten, dem Mehrfachverwenden von Spritzen – nicht jedoch beim Händeschütteln, gemeinsamen Straßenbahnfahren oder ähnlichen alltäglichen Kontakten. Dennoch erleben mit HIV infizierte Menschen in vielerlei Hinsicht Ausgrenzung und Diskriminierung sowie die Angst von Mitmenschen, durch

Berührungen die Krankheit zu übertragen. Diese Ängste sind zwar unbegründet, aber leider noch weit verbreitet.

So müssen Menschen mit HIV/AIDS nicht nur mit der Bürde der Krankheit leben, sondern auch noch mit der Isolation und Stigmatisierung durch ihre Mitmenschen.

Zudem ist der Irrglaube, dass Aidserkrankungen in erster Linie bei Homosexuellen auftreten nach wie vor weit verbreitet. Die Zahlen zeigen jedoch dass ein Drittel der Betroffenen den Virus durch heterosexuellen Geschlechtsverkehr übertragen haben. Hieran wird noch einmal deutlich, dass nicht die sexuelle Orientierung ausschlaggebend für die Ansteckungsgefahr ist, sondern vielmehr der Lebensstil. Menschen, die ungeschützten Geschlechtsverkehr mit häufig wechselnden Sexualpartner\_innen praktizieren, sind einem deutlich höheren Ansteckungsrisiko ausgesetzt – unabhängig davon, ob sie hetero- oder homosexuell leben.

Doch dass dieses falsche Vorurteil noch fest verankert ist zeigt z.B. auch der generelle Ausschluss homosexueller Menschen von der Blutspende. Auch hier wird wieder sichtbar, das in der Gesellschaft erheblicher Aufklärungsbedarf sowie der Abbau von Vorurteilen notwendig ist, um einen vernünftigen und unverkrampften Umgang mit Menschen, die diese Krankheit haben, umzusetzen und ihnen das Leben nicht noch zusätzlich zu erschweren.

## 2. Ausschreibung des Clara-Zetkin-Frauenpreises

Bis zum 6. Februar 2015 läuft die Ausschreibung zur Verleihung des Clara-Zetkin-Frauenpreises 2015. Mit dem Preis wird ein aktuelles Projekt oder eine Initiative einer Frau ausgezeichnet. Es können sich Fraueninitiativen oder Projekte für den Frauenpreis selbst bewerben oder von Parteimitgliedern der LINKEN vorgeschlagen werden, die im Sinne folgender Inhalte und Kriterien wirken:

- Engagement / Arbeit für Frauen oder die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Gesellschaft, hier auch besonders in Politik, Wissenschaft, Kultur und Kunst;
- Frauen, die mit ihrem kulturellen oder künstlerischen Schaffen eine solidarische und gerechtere Gesellschaft befördern sowie anderen Frauen als Vorbild dienen.

Weitere Informationen unter:

[www.die-linke.de/politik/frauen/clara-zetkin-frauenpreis/clara-zetkin-frauenpreis-2015/](http://www.die-linke.de/politik/frauen/clara-zetkin-frauenpreis/clara-zetkin-frauenpreis-2015/)

Die Verleihung findet am 6. März 2015 in Berlin statt.

Bericht aus dem Parteivorstand

## Ausblick auf 2015

von Pia Barkow



Am Wochenende war die letzte Sitzung des Parteivorstandes für dieses Jahr. Diskutiert und besprochen haben wir u.a. die anstehenden frauenpolitischen Aktionen im kommenden Jahr, darunter die Bundesfrauenkonferenz am 30. Januar bis 1. Februar in Hannover, eine Beteiligung der LINKEN am Frauenkampftag zum 8. März sowie die Preisverleihung des Clara-Zetkin-Frauenpreises am 6. März in Berlin. Hierfür können sich nach wie vor Frauen bewerben oder vorgeschlagen werden, die herausragende Projekte im Bereich der Frauenpolitik gemacht haben und/ oder Frauen, die sich besonders engagieren und hierfür mit einem Preis ausgezeichnet werden sollten.

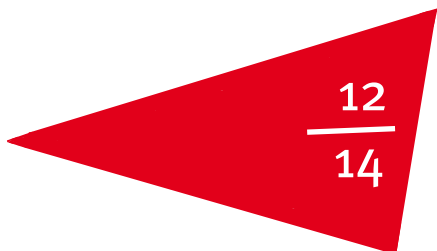
Außerdem haben wir im Zuge der Diskussionen und Veranstaltungen zu 25 Jahren friedliche Revolution eine Stellungnahme zum 4. November 1989

beschlossen, in der vor allem die Hoffnungen und Ziele der Menschen, die damals auf die Straße gegangen sind, in den Vordergrund gestellt wurden. Von diesen Hoffnungen haben sich leider bis heute viele nicht erfüllt oder wurden gar bitter enttäuscht. Es zeigt sich deutlich, dass die Umbruchs- und Aufbruchsstimmungen der 90er Jahre heute wichtiger denn je sind, wo wir uns mit einer zunehmenden Entsolidarisierung in der Gesellschaft konfrontiert sehen. Um so mehr lohnt es sich, zurückzublicken und einige der damals formulierten Ziele genauer zu betrachten und für heutige Debatten wieder einzubeziehen.

Einstimmig beschlossen haben wir außerdem die Unterstützung von Flüchtlingsinitiativen und des Engagements, eine Willkommenskultur zu stärken, insbesondere vor dem Hintergrund der

aktuellen Debatten rund um Asylsuchende, die in Deutschland Schutz suchen. Die neuerliche PEGIDA-Demo Anfang des Monats in Dresden hat einmal mehr gezeigt, wie wichtig es ist, menschenverachtenden Stimmungsmacher\_innen keinen Raum zu geben, sondern immer wieder zu betonen, dass Menschen in Not in Deutschland geholfen werden muss. Viele Bürger\_innen und Vereine setzen sich dafür ein, das Ankommen in Deutschland zu erleichtern, bieten Sprachkurse an, sammeln Spenden, vermitteln Patenschaften, organisieren Sportevents und ermöglichen damit ein Kennenlernen und Willkommenheißen der Ankommenden. Dieses Engagement gilt es wertzuschätzen, zu unterstützen und auszubauen.

Pia Barkow ist Mitglied im Bundesvorstand von DIE LINKE



# DIE LINKE

Fraktion im Dresdner Stadtrat



Dezember 2014

Rede von LINKE-Fraktionsvorsitzenden André Schollbach zum Dresdner Doppelhaushalt 2015/2016

# Neue Akzente für Dresden setzen

*Frau Oberbürgermeisterin, meine Damen und Herren, verehrte Gäste,*

vor 100 Tagen, nämlich am 28. August 2014, haben die Stadträtinnen und Stadträte von LINKEN, Grünen, SPD und Piraten, ihre politische Zusammenarbeit für diese Wahlperiode besiegelt. Damit haben wir uns dazu bekannt, für Dresden gemeinsam Verantwortung übernehmen.

Bei der Vorstellung unseres Kooperationsvertrages wurde die Einschätzung getroffen, dass die Frage, ob es gelingt, sich gemeinsam auf einen Haushalt zu verständigen, zum Lackmuestest für Rot-Rot-Grün-Orange wird. Diesen Test werden wir heute bestehen. Und darauf sind wir durchaus stolz. Denn es gab ja nun nicht gerade wenige Zweifler. Und erinnern wir uns: Vor zwei Jahren hat es die CDU nicht vermocht, den Haushalt rechtzeitig zu verabschieden, obwohl sie von der CDU-Bürgermeisterin und der CDU-Oberbürgermeisterin nach Kräften unterstützt wurde. Da mussten dann erst andere Fraktionen zu Hilfe kommen.

Uns dagegen wurde nicht nur keine Unterstützung zuteil – das haben wir zugegebenermaßen auch nicht erwartet – sondern der CDU-Finanzbürgermeister hat sich stattdessen mit der Errichtung zusätzlicher Hürden und dem Herbeischaffen immer neuer Brocken die Zeit vertrieben. Als besondere Aufmerksamkeit wurde uns dann vor gerade mal zwei Wochen ein dickes Haushaltsloch präsentiert. Viele haben daraufhin erwartet, dass nun Holland in Not gerät und die Haushaltsentscheidung ins neue Jahr verschoben wird. Aber nicht mit uns. Wir haben zusammen die Ärmel hochgekrempt und in die Hände gespuckt, um den Haushalt hier und heute auf den Weg zu bringen.

Mit diesem Haushalt veranstalten wir keine Revolution, aber wir setzen wichtige soziale, kulturelle und ökologische Akzente:

Etwa in dem wir endlich ein richtiges Sozialticket für Bus und Bahn einrichten. Wir sind der Auffassung, dass alle Menschen, auch die mit einem ganz kleinen Geldbeutel, in der Lage sein müssen, sich einen Fahrschein für die Straßenbahn zu kaufen. Der unhaltbare Zustand, dass Menschen aus finanzieller Not heraus erst „Schwarz fahren“ und anschließend dafür vor Gericht gezerrt werden, soll endlich ein Ende haben.



Foto: Henry Keßler / pixelio.de

Und wir tun etwas in dem lange vernachlässigten Bereich der Rad- und Fußwege. Wenn man feststellt, dass die Autos zu oft im Stau stehen, dann sollte man mal darüber nachdenken, ob es tatsächlich Sinn macht, die Straßen immer noch größer und breiter auszubauen, oder ob es nicht klüger wäre, mit einem Bruchteil der Kosten das Radwegenetz zu verbessern und so attraktiv zu gestalten, dass der eine oder andere auf das Fahrrad umsteigt. Da haben dann alle Verkehrsteilnehmer etwas davon, auch die Autofahrerinnen und Autofahrer.

Wir werden mit diesem Haushalt die kulturellen Einrichtungen besser ausstatten. Dresden ist eine Kunst- und Kulturstadt. Und wenn wir diesem Anspruch gerecht werden wollen, dann genügt es nicht, sich auf zwei Leuchtturmprojekten auszuruhen, sondern die Kulturlandschaft bedarf auch in ihrer Breite und Vielfalt einer angemessenen Förderung.

Wir haben die Anschubfinanzierung für eine neue städtische Wohnungsbaugesellschaft im Haushalt verankert. Die CDU hat jahrelang den Abriss tausender Wohnungen in Dresden mit Steuergeldern subventioniert und Politik im Interesse der Miethäie und Immobilienspekulanten gemacht. Aber das hat jetzt endlich ein Ende, weil wir uns nicht der gerade genannten Personengruppe, sondern dem Interesse der Mieterinnen und Mieter verpflichtet fühlen.

Auch die Jugendeinrichtungen unserer Stadt erhalten endlich ihre seit langem dringend benötigte Unterstützung. Dresden ist eine wachsende Stadt und hat deutlich mehr Kinder und Jugendliche als noch vor einigen Jahren. In diesem Bereich herrscht deutlicher Handlungsbedarf. Und Rot-Rot-Grün-Orange wird handeln.

All' diese Ausgaben machen gerade einmal 1 Prozent des städtischen Haushaltes aus. Es lässt sich also mit Fug und Recht sagen, dass wir die neuen Akzente mit Augenmaß gesetzt haben, ohne den Blick für das Machbare zu verlieren.

Nun hat es sich ja der CDU-Finanzbürgermeister nicht nehmen lassen, in letzter Minute nochmal den rot-rot-grünen Haushalt schlecht zu reden. Das ist natürlich parteipolitisch motiviert. Wissen Sie Herr Vorjohann, als die CDU immer wieder völlig überdimensionierte teure Straßen für zweistellige Millionenbeträge beschlossen hat, da war Ihre warnende Stimme nicht zu vernennen. Aber jetzt, da Rot-Rot-Grün sich erdreistet, ein kleines Prozent des Haushaltes umzuverteilen, da werden sie plötzlich munter und geben hier die Drama-Queen vom Rathausturm. Aber damit können Sie uns nicht beeindrucken. Denn wir realisieren genau jene Vorhaben, mit denen uns die Dresdnerinnen und Dresdner bei der Kommunalwahl am 25. Mai beauftragt haben. Und deshalb werden wir diesen Haushalt hier und heute auf den Weg bringen.

Informationen im Internet:  
[www.linke-fraktion-dresden.de](http://www.linke-fraktion-dresden.de)

Aus dem Ortsbeirat Pieschen

## Große Politik im kleinen Kreis

von Maurice Devantier

Tatendurstig trat unsere auf vier Mitglieder angewachsene neue Fraktion die neueste OBR-Sitzung an und musste gleich die erste Enttäuschung erleben. Unser Trinkwasser wurde gestrichen! Begründung: Haushaltssperre. Aber wir verzichten gern und hoffen mit der Einsparung von mindestens 2 bis 3 Euro unseren Beitrag zur „schwarzen Null“ in Dresden geleistet zu haben.

Der Hauptgegenstand der Sitzung wurde gleich zu Beginn verhandelt. Während hier die gesellschaftlichen Grundfragen erörtert wurden, glitt die Sitzung im weiteren Verlauf eher ins Skurrile ab.

Doch bei der Diskussion um den „Bebauungsplan Nr. 357C“ wurde es spannend. Zur Erklärung: Es handelt sich hier um das Gebiet zwischen Elbufer und Leipziger Straße nahe dem Puschkin-Platz und die Frage was damit geschehen solle. Der von der neuen Mehrheitskoalition eingebrachte Bebauungsplan sieht vor, den elb-nahen Bereich aus Hochwasserschutzgründen unbebaut zu lassen und entlang der Leipziger Straße den Bau von Wohnungen zu ermöglichen. Neben weiteren Entwicklungszielen wird auch angestrebt, dem „Freiraum Elbtal“ auf einen kleinen Teil des Gebietes Perspektiven für eine Weiternutzung zu ermöglichen. Was sich zunächst nach einem allseits zustim-

mungsfähigen Konzept anhört, welches auch den Zielen von Masterplan, FNP und Landschaftsplan entspricht, entpuppte sich als politisches Reizthema. Denn es hat bereits ein kommerzielles Wohnungsbaununternehmen das Gebiet gekauft und möchte dort eine Wohnsiedlung mit dem schönen Namen „Marina Garden“ errichten. Diese Wohnanlage sollte direkt an der Elbe entstehen, damit die zukünftigen Besitzer der Eigentumswohnungen von ihrem „Garden“ einen guten Blick auf ihre in der „Marina“, also dem Pieschener Hafen, ankernde Yacht haben. (Oder wie soll man sonst die Namensgebung interpretieren?)

Da mit dem neuen Bebauungsplan dieses Vorhaben nicht mehr vollständig umsetzbar wäre, sprachen die Ortsbeiräte der CDU gleich von „Enteignung“, von „Klientelpolitik“ zugunsten des „Freiraum Elbtal“, worüber dann auch prompt in der „SZ“ zu lesen war. Leider wurde nicht berichtet, dass diesen Anschuldigungen von unserer Seite entgegengetreten wurde mit dem Hinweis, dass wohl eher die CDU hier „Klientelpolitik“ für ein bestimmtes Wohnbauunternehmen und allgemein für die Interessen der Verkäufer und Käufer von Luxuswohnungen betreibe. Die Eigentumsrechte werden durch Bebauungspläne natürlich in keiner Weise beeinträchtigt und der „Freiraum“ ist in gleicher Weise von der

Räumung bedroht wie zuvor. Allerdings sollte man schon darüber nachdenken, warum beim Bau von Flughäfen oder Autobahnen Enteignungen auch von konservativer Seite durchgeführt werden, der Hochwasserschutz oder andere gesellschaftlich relevante Gründe hierzu aber keine Rolle spielen dürfen.

Nun wurden ähnliche Diskussionen bei solchen Themen im OBR schon öfters geführt, mit wiederkehrenden Argumenten. Doch jetzt sollte sich etwas ändern: Nämlich das Ergebnis. Während die CDU in früheren Wahlperioden ihre Sicht mittels Stimmzahl durchsetzen konnte, verlor sie diesmal die Abstimmung. Rot-Grün-Rot-Orange stimmte geschlossen für den Antrag und da wir jetzt auch in Pieschen die Mehrheit haben, ging dieser glatt durch. Die CDU stand auf verlorenem Posten und selbst ihre vermeintlichen Verbündeten von FDP und AfD gingen ihnen von der Stange und enthielten sich. Unsere Freude über diesen Erfolg konnte durch die nun noch folgenden eher slapstickartigen Tagesordnungspunkte nur wenig getrübt werden.

Zunächst referierte eine Verwaltungsmitarbeiterin über 30 Minuten zum „Spielplatzkonzept“ der Stadt. Mit sehr vielen schönen bunten Bildchen zeigte sie uns, was wir nicht anders vermutet hatten,

dass es in Dresden in vielen Vierteln und im Ortsamtsbereich Pieschen besonders an Spielplätzen fehlt. Auf der letzten Folie zeigte sie uns noch mögliche Verbesserungen in Pieschen auf und entließ uns mit dem Satz, dass dafür aber kein Geld da wäre und das Konzept deshalb nicht umgesetzt werden könne.

Das Beste aber kam zum Schluss: schon vor einigen Monaten hatte ich dem Ortsamt eine Liste mit Standorten für die Aufstellung von Bänken übergeben, welche mir von Einwohnern genannt worden waren. Bis jetzt war keine einzige Bank an einem der genannten Standorte aufgestellt worden und wir wurden aufgefordert, uns bis zur Erstellung der „Bankkonzeptes“ zu gedulden. Nun wurden aber über Nacht auf der Trachenberger Straße auf einer Länge von gut 200 Metern insgesamt acht (!) Bänke aufgestellt. Im restlichen Ortsamt weiterhin keine. Vermutlich war das Kontingent für Pieschen damit aufgebraucht und wir werden wieder Jahre oder Jahrzehnte auf die nächste Bank warten müssen. Aber jeder von uns kann bis dahin in der Hoffnung leben, dass seiner Straße dann die nächste 400%ige Planübererfüllung zuteil werden wird.

Aus dem Ortsbeirat Altstadt

## Dresden bekommt einen Koreaplatz

von Christopher Colditz

Zur letzten Ortsbeiratssitzung, am 10. Dezember, fanden sich die OrtsbeirätInnen im neu gebauten Gymnasium Bürgerwiese ein. Durch den Schulleiter Jens Reichel wurden wir zuerst durch das im Schuljahr 2008/2009 eröffnete Gymnasium geführt.

Das Gymnasium hinterließ bei den Ortsbeiräten insgesamt einen guten Eindruck, zu bemängeln haben die Linken Ortsbeiräte und der Schulleiter die fehlende Unterstützung bezüglich der Jugendsozialarbeit im Bereich der Altstadt. Einen Jugendsozialarbeiter finanziert die Schule derzeit durch Projektmittel und Spendengelder der Eltern. Ein weiterer Mangel ist die fehlende WLAN- Ausstattung des Gymnasium, somit kann der angeschaffte Klassensatz an Tablet-Computern, für ein modernes Lernen und das Angebot digitaler (und kostenloser) Literatur der städtischen Bibliothek nicht genutzt werden.

In der Ortsbeiratssitzung wurde der Wunsch der südkoreanischen Präsidentin Park Geun-hye, den sie während ihres Dresden-Besuches im März diesen Jahres geäußert hat, diskutiert, einen Platz in Dresden „Koreaplatz“ zu nennen. Als Gast der OBR-Sitzung erläuterte der südkoreanische Honorarkonsul, Herr Holländer, den Wunsch und die Intention der südkoreanischen Präsidentin. Der künftige Koreaplatz soll ein Zeichen nach dem Wunsch der Wiedervereinigung beider koreanischen Staaten sein.



Dresden könnte als erste europäische Stadt einen nach Korea benannten Platz erhalten. Für viele Koreaner ist die deutsch-deutsche Wiedervereinigung ein strahlendes Beispiel, welches sie auch auf eine koreanische Wiedervereinigung hoffen lässt. Außerdem haben beide koreanische Staaten geschichtliche Verbindungen zu den damaligen beiden deutschen Staaten. Als Platz wurde der Platz Adlergasse/Schäfer-/Weißeritzstraße in der Friedrichstadt vorgeschlagen. Der Intention für einen Platz für die Versöhnung beider koreanischer Staaten konnten wir LINKEN Ortsbeiräte prinzipiell folgen, allerdings hielten wir den Platz aufgrund seiner geringen Größe und der geringfügigen Frequentierung für eher ungeeignet. Als Alternative schlugen wir den Platz am Bahnhof Mitte vor, der belebtere und größere Platz scheint

uns, auch wegen der verbesserten Wahrnehmung für dieses gemeinsame Ziel, als besser geeignet. Für den Platz Adlergasse/Schäfer-/Weißeritzstraße brachten wir die Benennung nach der verstorbenen Paula-Modersohn-Becker, eine Friedrichstädter Künstlerin, als Vorschlag für die Platzbenennung ein. Der Anteil weiblicher Platz- und Straßennamen im Ortsamtsbereich Altstadt beträgt weniger als 1%. In Korea wird die Benennung schon freudig erwartet, die Entscheidung obliegt letztlich dem Stadtrat.

Die OrtsbeiratInnen sowie der Ortsamtsleiter Herr Barth, sein Stellvertreter und seine Sekretärin spendeten des Weiteren gemeinsam 309 Euro für die Bildungspatenschaften des Ausländerbeirats Dresden. Derzeit bestehen 120 Bildungspatenschaften mit Kin-

dern und Jugendlichen u.a. aus Syrien, Afghanistan und Tschetschenien.

Auf Initiative der Linken überreichten die Ortsbeiräte Herr OA-Leiter Barth und seinem gesamten Team eine Karte mit Weihnachtsgrüßen unter dem Motto „Wir sind bunt“ und ein paar Kleinigkeiten wie verschiedenen Teesorten.

### DIE LINKE.

Fraktion im Dresdner Stadtrat

#### Impressum

Herausgeber: Fraktion DIE LINKE  
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden  
E-Mail: fraktion@dielinke-dresden.de  
V.i.S.d.P. André Schollbach  
Satz und Layout: Max Kretzschmar  
Mitarbeit an dieser Ausgabe: André Schollbach, Annetrin Klepsch, Hans-Jürgen Muskulus, Dr. Kris Kaufmann, Dr. Margot Gaitzsch, Maurice Devantier-Christopher Colditz  
Fotos: pixelio.de  
Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: Mittwoch, 21.01.2015  
Druck: Lausitzer Rundschau Druckerei Cottbus  
Auflage dieser Ausgabe: 6.000 Exemplare  
Vertrieb: Schneller ist besser!  
Logistik GmbH - Siblog

# Refugees welcome – Dresden für Alle

von Dr. Margot Gaitzsch

Am Donnerstag, dem 11. Dezember verabschiedete der Dresdner Stadtrat einzig mit den Stimmen der Rot-Rot-Grün-Orangen Kooperation einen „Maßnahmenplan zur Schaffung zusätzlicher UnterbringungsKapazitäten für besondere Bedarfsgruppen in den Jahren 2015/2016“ (V0085/14). Eine Reihe Ergänzungen unserer Rot-Rot-Grün-Orangen Kooperation konnten bereits im Sozialausschuss in die Vorlage eingearbeitet werden. Bezeichnender Weise wurde das Konzept von CDU und FDP/Bürgerfraktion ebenso abgelehnt wie von AfD und NPD (was wiederum nicht verwunderlich ist).

Die Diskussion im Stadtrat war sehr konträr und zum Teil aufgeheizt. Die Oberbürgermeisterin hat in einer einführenden Rede sehr deutliche Worte gefunden, mit denen sie die Notwendigkeit, das Recht auf Asyl als grundlegendes Menschenrecht in Dresden umzusetzen, nachdrücklich klarstellte und auch Fehler der Verwaltung in der Vergangenheit einräumte.

Der beschlossene Maßnahmenplan ist ein Kompromiss. Ein Kompromiss vor allem deshalb, weil von den 2121 neu zu schaffenden Plätzen 821 sich in Gemeinschaftsunterkünften befinden. Immerhin heißt das auch, dass 1300 Plätze in Woh-

nungen bereitgestellt werden. Wir werden die Stadtverwaltung beim Wort nehmen, dass die Gemeinschaftsunterkünfte nur als Übergangsplätze genutzt werden sollen. Nach dem derzeitigen Konzept wird es 10 neue Heime in Dresden geben. Angemietete Objekte befinden sich an folgenden Standorten: Gustav-Hartmann-Straße 4, Tharandter Straße 8, Wachwitzer Höhenweg 1 a, Podemusstraße 9, Lockwitztalstraße 60/60 a, Heidenauer Straße 49.

Neu gebaut werden soll an folgenden Standorten: Wendel-Hippler-Straße 13, Breitscheidstraße 117, Karl-Marx-Straße, Teplitzer Straße, Pirnaer Landstraße/Ecke Neudobritzer Straße. Wenn man dem etwas Positives abgewinnen kann, dann ist es das, dass diese Standorte über die Stadt verteilt sind und bis auf zwei Ausnahmen max. je 75 Plätze bieten.

## Dresden als zweite, neue Heimat

Unsere Aufgabe bleibt es, den Geflüchteten ihr Ankommen in Dresden zu erleichtern und das Mögliche dafür zu tun, dass sie in Dresden eine zweite, eine neue Heimat finden können.



Welche Möglichkeiten gibt es: In den meisten Stadtteilen gibt es Initiativen, die Unterstützung von Asylsuchenden organisieren und koordinieren. Sie unterstützen gleichzeitig die vor Ort tätigen Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter.

Besonders wichtig ist die individuelle Betreuung, also die Paten-Aktion.

Paten gehen zu Familien, zu Einzelpersonen oder Gruppen und unterstützen diese in vielfältiger Weise: Bei der selbstständigen Orientierung in der Stadt, zeigen ihnen Möglichkeiten der Freizeitgestaltung, geben Unterstützung beim Kontakt mit Nachbarn oder gehen einfach mal miteinander spazieren.

Materielle Spenden können Freude bereiten – Winterbekleidung, Spielzeug. Am einfachsten können diese den Menschen natürlich selbst übergeben werden. Umsonstläden, die Heilsarmee oder Tauschbörsen sind eine weitere Möglichkeit o. g. Dinge Menschen zu geben, die diese dringend brauchen

In fast allen Stadtteilen organisiert das DAMF (Deutschkurse für Asyl Migration Flucht) Deutschkurse. Darüber hinaus ist es hilfreich, Konversationskurse oder Gesprächskreise mit Asylsuchenden oder andere Möglichkeiten des Sich-Kennenlernens ins Leben zu rufen.

Wir können so Menschen, die zu uns kommen, besser kennen lernen, ihre Schicksale verstehen und Gedanken über verschiedene Kulturen und Lebensweisen austauschen. Wir können voneinander lernen.

Wenn es in eurem Wohngebiet noch keine Initiative zur Unterstützung von Asylsuchenden gibt, dann gründet eine. Schließt euch mit Ortsbeiräten, Vertretern von Kirchen und örtlichen Vereinen zusammen. Seid kreativ, fragt Asylsuchende nach ihren Bedürfnissen und unterstützt sie, wo und wie ihr könnt.

# Volksspaziergang durch das Abendland

von Annetrin Klepsch

Zu einem jeden Jahresende wird die älteste und bekannteste Flüchtlingsgeschichte der Welt dargeboten, in Funk und Fernsehen und als Holzfiguren in Krippen oder als Dauerfahrgäste erzgebirgischer Pyramiden. In vielen Ausführungen begegnen uns nicht nur Maria und Joseph mit ihrem auf der Flucht geborenen Kind, sondern auch die drei Weisen aus dem Morgenland. Während die Gaben der Könige aus dem Morgenland in einer beliebigen künstlerischen oder kommerziellen Ableitung für Verzückung sorgen, zieht es gegenwärtig an jedem Montag die selbst ernannten Bewahrer des Abendlandes auf die Straßen von Dresden.

Die Geschichte von Suche nach Obdach und Geburt des Flüchtlingskindes Jesus dreht auf unzähligen Weihnachtspyramiden aus dem Erzgebirge ihre Runden auch in zahllosen atheistischen Haushalten in Dresden und ganz Sachsen.

Daran gemessen, dass sich bisher wohl die wenigsten DresdnerInnen Gedanken um das Abendland gemacht haben, es geschweige denn beschreiben können, verwundert es – nimmt man den Titel „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ ernst - welchen Zulauf die PEGIDA-Spaziergänge seit Oktober in Dresden erfahren haben. Unbeeindruckt durch Kundgebungen des Bündnisses DRESDEN FÜR ALLE und Demos von Dresden-Nazifrei oder vielmehr dadurch noch bestärkter scheinenden Pegida weitere Sympathisanten zuströmen, am 15. Dezember waren es zuletzt 15.000 „Spaziergänger“.

Diesen geht es offenbar nicht um das



Foto: Dieter Schütz / pixelio.de

ursprüngliche Ziel von Pegida, was angesichts des Anteils an Muslimen in Sachsen von ca. 0,02 Prozent absurd ist.

Alle öffentlichen Gesprächsangebote, über die Inhalte von Pegida zu diskutieren, wurden von deren Organisatoren bisher ausgeschlagen und außer Lutz Bachmann darf sich offenbar niemand gegenüber den Medien äußern. Verfolgt man die Kommentare der Pegida-Anhänger auf Facebook und auf den Kommentarseiten von sz-online, DNN-online, mopo24 oder auch ARD so ist zu beobachten, dass die Ressentiments gegenüber Zuwanderern, Parteien und den seriösen Medien teils auf breite Zustimmung stoßen. Die parlamentarische Demokratie und die Parteien von LINKE bis CDU werden als politisches Establishment diskreditiert, welches an den Menschen vorbei politische Entscheidungen treffe. Den Medien von BILD bis zur ARD wird unterstellt, sie seien staatsgelenkt. Man suhlt sich bei Pegida im ver-

meintlichen revolutionären Gefühl vom Herbst 1989 und ignoriert dabei, dass alle politischen Mandatsträger von der Dresdner Oberbürgermeisterin bis hin zur Bundeskanzlerin das Ergebnis geheimer und demokratischer Wahlen sind.

Für alle Parteien mit Ausnahme der AfD, die offen mit Pegida sympathisiert, stellt diese neue Form politischer Bewegung eine Herausforderung dar, insbesondere für CDU und LINKE. Für die CDU, weil viele der bürgerlichen Pegida-Unterstützer jenseits der Neonazis und Hooligans sich als CDU-Wähler verstehen und von ihrer Partei ein repressiveres Vorgehen mit Ausländern und Flüchtlingen fordern. Für DIE LINKE besteht die politische Gratwanderung darin, dass es wenig helfen wird, Pegida mit einem eingeübten Antifaschismusreflex zu begegnen.

Wenn nur wenige hundert Meter vom Dresdner Landtag entfernt das ver-

meintliche Abendland verteidigt wird, mittels der Forderung nach strengerer Anwendung des bereits scharfen deutschen Asylrechts, zugleich aber darauf verwiesen wird, „echte“ Kriegsflüchtlinge seien willkommen und Asylbewerber würden materiell gegenüber armen Deutschen bevorteilt, dann ist dies auch eine Quittung für zwei Jahrzehnte Entsolidarisierung einer Gesellschaft, die von neoliberalen Kräften politisch durchaus gewollt war. Eine gesellschaftliche Mitte, die sich von Abstiegsängsten bedroht sieht, folgt den einfachen Erklärungsmustern eines vorbestraften Justizflüchtlings und begibt sich in scheinhumanen Nützlichkeitsrassismus.

Die gefährliche Melange der Pegida-Anhänger jenseits überzeugter Nazis ist zu vielgestaltig, als dass sie mit politischen Verurteilungen auflösbar wäre. Das Entgegen mit Zahlen und Argumenten und der Ausbau politischer Bildung ist ein Ansatz, sich mit Pegida auseinanderzusetzen. Eine Debatte über eine Einwanderungspolitik statt Abschiebepolitik ist ein weiterer notwendiger Schritt im Zuwanderungsland Bundesrepublik und insbesondere in Sachsen, wo Asylanträge überdurchschnittlich häufig abgelehnt werden, zugleich jedoch die negative demographische Entwicklung beklagt wird. Das Zusammenleben mit Zugewanderten aus aller Welt, die unsere Kultur bereichern, einzuüben und als Bereicherung zu begreifen, wird kein Spaziergang, sondern ein langer Weg, auf den sich auch Dresden und seine Bewohner jenseits der Neustadt, Johannisstadt oder Plauen begeben müssen.

Zum Dresdner Suchtbericht 2013

# Rausch ohne Reue

von Hans-Jürgen Muskulus

Wie bundesweit werden die Dresdner am häufigsten wegen Alkoholmissbrauchs stationär behandelt. Im vorigen Jahr wurden über 3.600 Menschen in den SBB beraten, davon 3.000 aus eigener Betroffenheit und über 500 Angehörige. In der ambulanten Arbeit nimmt der Anteil derjenigen, die illegale Drogen, und hierbei besonders Crystal, zu sich nehmen, kontinuierlich zu.

## Repression und Angebotsreduzierung

Laut Polizeistatistik 2013 wurden im Stadtgebiet 1 890 Rauschgiftdelikte registriert. Das war ein Anstieg von 70 % gegenüber dem Vorjahr. Der Anteil an der Gesamtkriminalität stieg von 2 % auf 3,2 %. Es gab vier Rauschgifttote.

## Entwicklung der Suchtprävention

Es braucht Ausbau von Basisseminaren zur Thema Suchtprävention, Suchthilfe und Crystal, Aus- und Fortbildung von MOVE- Trainern zum Umgang mit kon-

sumierenden Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden, Lehrgänge für Beratungslehrer, berufliche Fortbildung in der mobilen Jugendarbeit, Fortbildung für medizinisches Fachpersonal usw. usf.

Wie reagieren wir als LINKE auf diese aktuellen Entwicklungen in unserer Stadt? Wir wollen einen Ausbau und eine langfristige Sicherung der Präventions- und Überlebenshilfeangebote. DIE LINKE in Sachsen setzt sich außerdem für eine breite und gesicherte Angebotsstruktur im Bereich der Suchtpräventionsarbeit ein. Das bedeutet für uns auch, dass schon in vorschulischen Einrichtungen mit Themenkomplexen gearbeitet werden muss, die für ein späteres Suchtverhalten von Bedeutung sein können. Zu kritisieren ist weiterhin, dass Sachsen als eines der letzten Bundesländer in Deutschland keine eindeutige Geringemengen-Regelung im Umgang z.B. mit Cannabis im Bereich der Strafverfolgung hat. Die Polizei ist angehalten auch bei Kleinstmengen Strafanzeige



Foto: Q.pictures / pixelio.de

zu erstatten, wohlwissend, dass die Verfahren gemeinhin wegen Geringfügigkeit eingestellt werden. Vor dem Hintergrund, dass bereits das Bundesverfassungsgericht diesen Umgang als „unverhältnismäßig“ einstufte, behindert dies eine effektive Arbeit der Strafverfolgungsbehörden. Generell stehen wir für eine bundeseinheitliche Regelung zum Umgang mit „geringen Mengen“. Schadensminimierende Angebote der Suchthilfe, wie der Tausch gebrauchten Spritzbestecks, Safer-Use-Methoden („sicherer Gebrauch“) zur Vermittlung von weniger riskanten Konsumpraktiken oder das Drug-Checking

(labortechnische Substanzkontrolle) dürfen nicht weiter kriminalisiert und als Sucht fördernd verschrien werden. Staatliche Verbote halten Menschen nur selten vom Drogenkonsum ab. Ein vernünftiger Umgang mit Drogen ist möglich, allerdings wird dieser bei illegalisierten Substanzen bereits bei seltenem Gebrauch durch Kriminalisierung und Ausgrenzung erschwert.

Wenn es nach dem sächsischen Gesetz über den Öffentlichen Gesundheitsdienst eine Pflichtaufgabe ist, Bürger zu den Gefahren von Drogen zu beraten, Therapieangebote anzubieten, Prävention und natürlich auch Nachsorge zu betreiben, dann ist es umso unverständlicher, dass freie Träger, die auf diesem Gebiet tätig sind, einen Eigenanteil aufbringen müssen. Warum eigentlich? Die SBB des Gesundheitsamtes muss das selbstverständlich nicht.

Klamme Kommunalfinanzen dürfen sich nicht in der Präventionsarbeit widerspiegeln. Würden die Gelder, welche im Moment für die Kriminalisierung und Repression der betroffenen Konsumentinnen und Konsumenten ausgegeben werden, in sinnvolle Präventionsarbeit investiert werden, wäre schon viel gewonnen.

Neu belebt: Der Runde Tisch Wohnen

# Die wachsende Stadt

von Dr. Kris Kaufmann

Nachdem er im Jahr 2013 spontan ausgesetzt wurde, gab es 2014 wieder einen Runden Tisch Wohnen. Einladende war die Stadtverwaltung. Geladene waren ausgewählte Akteure des Wohnungsmarktes Dresden: Am Tisch saßen Projektentwickler und Bauträger, genossenschaftliche Vermieter und die landeseigene Sächsische Aufbaubank (SAB) sowie die Deutsche Bank. Zum ersten Mal durfte auch die Politik anwesend sein. Die Gagfah als größter Vermieter hatte keine Einladung erhalten.

Als Einleitung des Willens zum Handeln seitens der Stadt wurde das Dresdener Wohnkonzept benannt. Dieses gab es zwar noch gar nicht. Das blieb in der brandenden Rede von OB Orosz jedoch unerwähnt. Dafür zeigte zumindest der neue Mietspiegel einen erneuten Anstieg der Mietpreise um durchschnittlich fünf Prozent gegenüber 2012. Überproportional von Preissteigerungen betroffen waren kleine Wohnungen.

Grundlage für die Diskussion bildeten jedoch nicht Preisanstiege, sondern die Bevölkerungsprognose der Stadt Dresden. Diese zeigt mittelfristig ein kontinuierliches Wachstum von 48.000 Einwohnern bis 2030, was sowohl aus einer stabil hohen Zahl an Geburten als auch durch positive Wanderungssalden getragen wird. Zuwanderungsgewinne, so die Annahme, werden sich jedoch kontinuierlich abschwächen. 2030 würden Bürger aus den westlichen Bundesländern kaum noch nach Dresden wandern. Warum das so sein sollte, blieb offen. Auch das Thema ‚Asyl und Flüchtlinge‘ spielte beim Prognoseergebnis keine Rolle. Allein deren Zahl macht für die nächsten Jahre jedoch ein sattes Plus von ca. 4.000 Personen aus. Und alle – sowohl



Foto: Klaus-Uwe Pacyna / pixelio.de

die freiwilligen, als auch die unfreiwilligen Neudresdener wollen und müssen möglichst bedarfsgerecht wohnen.

Eine Mammutaufgabe für die Stadt, keine Frage. Neben dem gern erwähnten Thema ‚junge und wachsende Stadt‘, wird dagegen das Thema der demographischen Alterung und der damit verbundenen steigenden Zahl von Menschen, deren Wohnung aufgrund von Mobilitätseinschränkungen zur Falle wird, gern vergessen. Nicht nur im Neubau, sondern auch im Bestand müsste es hier zumindest ein konzeptionelles Vordenken geben. Selbst unter den angenommenen über 19.000 Haushalten mehr in Dresden bis 2030 gibt es eben nicht nur junge und dynamische Menschen. Konkrete Ideen zum Thema ‚Alter und Wohnen‘ hatte anscheinend keiner. Denn bereits die auf mobile Bewohner zukommenden Neubaukosten werden als erheblich eingestuft. Wie soll sich dann ein durchschnittlich finanz-

schwächerer Rollifahrer jemals eine Wohnung leisten können? Stolz berichtete die Vertreterin der SAB wie viele Millionen in den letzten Jahren in die Wohnungsbauförderung Dresdens seitens des Landes geflossen seien. Allein 10 Mio. € in den generationengerechten Umbau! Im Klartext bedeutet das: Dem Wohnungsmarkt Dresden kamen etwa ein Drittel der gesamten Landesförderung (und damit von 520 etwa 173 Mio.) zu. Aber von dieser Summe entfielen gerade einmal knapp 6 %, um einen generationengerechten Umbau zu fördern. Mietwohnungsneubau? Gleich Null.

Als dann strategische Handlungsansätze vorgestellt wurden, die als Diskussionsgrundlage für eine neue kommunal-private Zusammenarbeit dienen sollten, verschlug es mir fast die Sprache. Eingangs kam die kommunale Wohnungsbedarfsprognose zu dem Schluss, dass Neubaupotenzial für selbstnutzende Eigentümer vor allem am Stadtrand

zu befriedigen sei. In einem zweiten Schritt präsentierte die Verwaltung Bauzuschussüberlegungen in Millionenhöhe, um Neubauprojekte auf den Weg zu bringen. Eine Stadtverwaltung die für das Thema Wohnen eine fette Null im Haushalt 2015/2016 eingeplant hatte, übertrug sich an dieser Stelle selbst. Damit wurde sogar das Blenden auf der Pressekonferenz im Oktober 2014 in den Schatten gestellt, als durch die Verwaltung ein revolvierender Grundstücksfonds oder gar die Einbeziehung von Bundes- und Landesliegenschaften als Strategie Dresdens präsentiert wurde, die angeblich bereits durch den Stadtrat als Beschlusslage verabschiedet worden sei.

So ambitioniert wie alles klang, so actionistisch wirken Bestrebungen im Nachgang der Veranstaltung. So erklärt auch eine im Dezember seitens des Innenministeriums beantwortete Anfrage der LINKEN, dass es bisher keine Anfragen auf Förderung von Mietwohnungsneubau aus den kreisfreien Städten oder Kreisen an das Land gebe. Somit hat auch Dresden bisher zwar wohl viele sondierende Gespräche mit dem Land geführt, dies aber anscheinend nur für die eigene Öffentlichkeitsarbeit. Dies ist ermüthend. Und auch deshalb sitzt das RGRO-Bündnis an einer sehr konkreten und ehrlichen Strategie, ein neues kommunales Wohnungsunternehmen für Dresden im Jahr 2015 auf den Weg zu bringen. Aktuell werden finanzielle und strategische Möglichkeiten eruiert und diskutiert. Strategisches Startkapital ist im Haushalt der Stadt verankert. Durch Reden und Versprechungen allein, entstehen nämlich keine neuen Wohnungen. Schon gar nicht für jene Haushalte, die nicht zwischen Loschwitz und Laubegast, sondern zwischen kleiner Wohnung oder keine Wohnung unterscheiden müssen.



# Es ist vorbei, bye, bye...

Nein es ist nicht das, was Ihr denkt. Die Linksjugend hat sich in Dresden nicht aufgelöst. Ganz im Gegenteil, uns geht es richtig gut. Aber dazu später mehr.

Normalerweise berichten wir hier über unser Tun in Dresden und auch mal von Außerhalb. Diesen Monat wollen wir deshalb eine kleine Zusammenfassung dessen veröffentlichen, was 2014 so alles passiert ist.

## Ein neues Jahr mit neuen Herausforderungen

Wie immer beginnt das Jahr mit etwas nicht ganz Schönerem, denn Januar und Februar sind immer die Zeit, in der sich die Nazis in Magdeburg und Dresden sammeln, um die Zerstörung der Städte im 2. Weltkrieg für ihre menschenverachtende Weltanschauung zu missbrauchen. Deshalb haben auch wir uns wieder den Bündnissen Magdeburg Nazifrei und Dresden Nazifrei angeschlossen, um genau diese Aufmärsche zu verhindern. Ungünstigerweise haben die Nazis in Dresden den 13. Februar auf den 12. vorverlegt und haben dies als vollen Erfolg gefeiert. Als wäre das alles noch nicht genug reihten sich die Nazis dann auch noch in die Menschenkette mit ein und ließen sich mit der Oberbürgermeisterin fotografieren.

Es gab im Frühjahr aber auch was Positives zu berichten: Wir konnten ein neues Mitglied für unseren Koordinierungskreis gewinnen – Franzi. Seit nun fast einem Jahr ist sie im KoKreis sehr aktiv und tritt auch gern den anderen Mitgliedern in den Hintern, wenn mal wieder ein Termin näher rückt und noch viele Aufgaben zu tun sind.



Zudem hatten wir im Frühjahr auch alle Hände voll mit dem ersten Wahlkampf des Jahres 2014 zu tun. Die Kommunalwahl zum Dresdner Stadtrat. Wir haben so gut es geht unsere Kandidaten mit Jugendvotum (Silvio und Yaki) unterstützt, viel eigenes Material erstellt und eigene Wahlkampfstände auf die Beine gestellt, wie unsere Band-Guerilla-Tour. Nach einer gefühlten Ewigkeit hatten wir pünktlich zur Wahl unser eigenes Jugendkommunalwahlprogramm fertig bekommen. Falls Ihr wissen wollt, was drin steht, findet Ihr es auf unserer



Fotos: Linksjugend Dresden

Der neugewählte Kokreis der Linksjugend (v.l.n.r.) Karl Lehmann, Max Schöne, Vicky, Mona Shaba, Franziska Fehst, Max Pagenkopf & Torsten Bittermann (Jugendpolitischer Sprecher von Die LINKE.Dresden)

Homepage oder fragt die Jugend, ob sie Euch nicht mal eins mitbringen können.

## Und dann kam der Sommer

Das erste Mal ist uns aufgefallen, wie schnell doch die Zeit vergeht, als die ganzen Vorbereitungen für die Gegendemonstrationen zum Tag der deutschen Zukunft in immer kürzeren Abständen lagen. Wir konnten zwar nicht verhindern, dass die Leute von den neonazistischen „Freien Kameradschaften“ laufen, aber es ging glücklicherweise nicht sonderlich weit und „nur“ nach Trachau hinein zum Krankenhaus Neustadt. Auch da war die Linksjugend Dresden personell und durch den Bundesverband auch finanziell maßgeblich beteiligt. Viele haben sogar das Pfingstcamp unterbrochen.

Das Sommerloch haben wir dafür genutzt uns Gedanken zu machen, wie wir den Wahlkampf zur Landtagswahl unterstützen können. Natürlich haben wir auch wieder unsere Teilnahme an der BRN und dem Hechtfest dazu genutzt Werbung für die Partei zu machen. Als der Wahlkampf dann immer heißer wurde, waren wir auch immer gern mit von der Partie unsere Kandidat\_innen aus Dresden mit aller Kraft zu unterstützen. Allen voran Sarah, die sich vorher nicht nur als Fraktionsgeschäftsführerin verdient gemacht hat sondern noch davor als wichtiges Mitglied im Jugendverband. Hier wollen wir noch einmal die Chance nutzen und allen die es in den Landtag geschafft haben: Herzlichen Glückwunsch, auf dass Ihr in den nächsten 5 Jahren so gut arbeiten könnt, dass wir dann die Regierung stürzen können.

## Warum ist der Herbst eigentlich braun?

Der Sommer ging, der Herbst kam und das viel zu schnell. Wir haben das dumpfe Gefühl, dass manche Menschen im Sommer zu lange in der Sonne gelegen und sich das Gehirn weggeschmort haben. Wie Ihr es bestimmt schon mitbekommen habt demonstrieren seit Oktober die „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (PEGIDA) gegen alles was fremd ist. Sie tarnen es unter dem Deckmantel der besorgten Bürger, die nur ihre Kultur gefährdet sehen und ihren Kindern ein sauberes, weißes und von Christen be-

herrschtes Deutsches Reich hinterlassen wollen. Schon die erste Demonstration war sehr gruselig. Wir waren nur sechs Gegendemonstranten und jene, die noch zu uns stoßen wollten, wurden nicht nur verbal sondern auch körperlich angegriffen. So viel zum Thema friedlich.

Jetzt ist PEGIDA auf über 10.000 Menschen angewachsen und versucht nun mit Denunziation und Gewaltandrohung die Organisatoren und Organisatorinnen der Gegenbewegung einzuschüchtern. Einerseits wird ein Mitglied des StuRa persönlich bedroht und die PEGIDA-Unterstützer gehen sogar so weit, dass auch seine Familie in Gefahr ist. Zudem hat es auch ein Mitglied von uns erwischt: Silvio. Er wird nicht nur bedroht, son-

dass sie rechten Rattenfängern auf den Leim gegangen sind und sie nur ausgenutzt werden um Hass zu schüren.

Wir verabschieden uns aus 2014 und wünschen allen Menschen einen guten Start ins neue Jahr. Auf dass 2015 für uns ein Erfolg wird, denn wir haben jetzt viele neue Mitglieder und einen frisch gewählten KO-Kreis, der sich auf die Zusammenarbeit freut.

Eure Linksjugend Dresden



dern es wird auch versucht, ihn bei seinem Arbeitgeber in Misskredit zu bringen. Dieses Vorgehen ist eine Schande.

Wir stehen Silvio in dieser Zeit beiseite und unterstützen die friedlichen Proteste gegen menschenrechtsverachtende Ideologien. Wir werden erst aufgeben, wenn PEGIDA wieder in dem kleinen braunen Loch verschwunden ist, aus dem sie gekrochen kamen. Wir hoffen, dass viele Menschen die sich bisher an der Hetze beteiligt haben einsehen,



Treffen: jeden Di, 18 Uhr, WIR AG  
E-Mail: [info@linksjugend-dresden.de](mailto:info@linksjugend-dresden.de)  
Im Netz: [www.linksjugend-dresden.de](http://www.linksjugend-dresden.de)



## DEZEMBER

**21 Advenster mit Überraschungsprogramm**

und ab 16:30 Uhr Kurzfilmprogramm zum Kurzfilmtag Mit herrlichen alten Kinderfilmen zur dunklen Jahreszeit. Ihr Kinderlein kommet... und bringt die Eltern mit.  
ab 16 Uhr | WIR AG | M.-Luther-Str. 21

**24 Monty Python's - Das Leben des Brian**

Eintritt frei - Spenden erlaubt!  
9 Uhr:| Schauburg | Königsbrücker Straße

Die Stadtgeschäftsstelle ist in der Zeit vom 23.12.2014 bis 05.01.2015 geschlossen und wünscht allen Mitgliedern ein schönes Weihnachtsfest und einen guten Start im neuen Jahr.  
Uli Reinsch

Termine der LAG Hartz IV Dresden:

26.01.2015, 09.02.2015,

23.02.2015, 09.03.2015,

23.03.2015

Jeweils von 13:00 bis 14:30 Uhr

Wir AG | Martin-Luther-Str. 21

**Die Redaktion wünscht allen Leserinnen und Lesern frohe Weihnachten und ein gesundes Neues Jahr 2015.**

Foto: Roland Laube



Ständige Termine in der WIR AG, Martin-Luther-Str. 21:

- jeden Dienstag, 18 Uhr, offenes Treffen der linksjugend [\*solid] Dresden
- jeden Dienstag, 20 Uhr, offenes Treffen von DIE LINKE.SDS Dresden (Linke Hochschulgruppe der TU Dresden)
- jeden Donnerstag, 10 Uhr, „Griechischer Stammtisch“ Vereinigung Griechischer Bürger in Sachsen e.V. (es wird nur Griechisch gesprochen)
- jeden 2. Freitag im Monat, 18:30 Uhr, Treffen der Initiative Grundeinkommen

**Bibliothek der RLS in der WIR-AG**

Martin-Luther-Str. 21

Öffnungszeiten:

Dienstag bis Donnerstag  
10.00 bis 18.00 Uhr

**Neu in der Bibliothek:**

Alternative Wirtschaftspolitik - Tro(o)st in Theorie und Praxis. Festschrift für Axel Troost zum 60. Geburtstag. Hrsg. von Wilfried Kurtzke und Gunter Quaißer. Marburg 2014

Wir gratulieren sehr herzlich unserer Genossin, Stadträtin

**Anja Apel**

zu ihrem 55. Geburtstag!

Genossinnen und Genossen des Stadtvorstands und der Fraktion DIE LINKE im Dresdner Stadtrat

## Sehr herzlich zum Geburtstag gratulieren wir unseren GenossInnen

Christa Arnold, Prohlis  
Lothar Baumgarten, Altstadt  
Monika Beyer, West  
Manfred Bienefeld, Blasewitz  
Robert Bleicke, Neustadt  
Heinz Brauny, Altstadt  
Siegfried Bönisch, Pieschen  
Dieter Böttger, Prohlis  
Manfred Damerau, Leuben  
Marco Dziallas, Altstadt  
Anneliese Dänhardt, Plauen  
Klaus Elsner, Pieschen  
Jörg Fichtner, Plauen  
Marcus Friese, Neustadt  
Heinz Geißler, Nord  
Hannelore Gelfert, Altstadt  
Lothar Glaß, Prohlis  
Wolfgang Goethe, Altstadt  
Carola Goller  
Petra Gorks, Blasewitz  
Helga Grimm, Leuben  
Reinhardt Grobleben, Plauen  
Ingrid Grosche, Altstadt  
Thomas Grundmann, Neustadt  
Simon Günther, Pieschen  
Günter Hachenberger, Altstadt  
Manfred Hansen, Blasewitz  
Bill Heidenreich, Neustadt  
Hans Richard Heimann, West  
Edith Hessel, Altstadt  
Olaf Hillert, Pieschen

Hermine Hilscher, Altstadt  
Margot Hutschenreuther, Plauen  
Birger Höhn, Blasewitz  
Ingrid Iwan, West  
Christine Jahn, Neustadt  
Siegfried Keil, Neustadt  
Werner Kempter, West  
Andreas Kerl, Neustadt  
Christel Kießling, West  
Manfred Kleinstüc, Blasewitz  
Helmut Klimpel, Altstadt  
Matthias Koch, West  
Gisela Kopte, Leuben  
Werner Kraemer  
Helga Krauß, Plauen  
Wolfgang Kreisel, Nord  
Michael Kuhn, Neustadt  
René Leinen, Neustadt  
Alfred Liebert, Nord  
Ulrich Lorenz, West  
Ralph Löbner, Neustadt  
Isolde Michalek, Nord  
Hannelore Muskulus, Blasewitz  
Monika Möbius, Plauen  
Stefan Müller, Leuben  
Rudi Nicko, Altstadt  
Eric Noack, Neustadt  
Roland Otto, Nord  
Manfred Paul, Neustadt  
Friedrich Peters, Blasewitz

Dieter Pietzsch, Altstadt  
Andreas Reimann, Nord  
Manfred Richter, Leuben  
Susann Riebe, Pieschen  
Inge Riedel, Neustadt  
Heinz Rümmler, Altstadt  
Rosemarie Sassmann, Neustadt  
Gert Scharf, Altstadt  
Christa Schlicke, Neustadt  
Eberhard Schmidt, West  
Sebastian Schmidt, Plauen  
Sonja Schmidt, Plauen  
Johannes Schreiber, Neustadt  
Manfred Schubert, Blasewitz  
Nicole Schumann, Neustadt  
Ingeborg Schwarze, West  
Sonja Stenzel, Nord  
Frank Stuhlmacher, West  
Herbert Vogt, Altstadt  
Peter Walther, Pieschen  
Renate Weber, Altstadt  
Wolfgang Wehner  
Georg Wehse, Prohlis  
Mathias Weilandt, West  
Benjamin Winkler, West  
Renate Wobst, Altstadt  
Günther Wolf, Plauen  
Robert Wünsche, West  
Saskia Wünsche, West  
Robert Zschunke, Blasewitz

## JANUAR

**11 Luxemburg-Liebkecht-Ehrung in Berlin-Friedrichsfelde**

Aktuelle Infos im HdB: Tel.: 8583801

**13 Öffentliche Stadtvorstandssitzung**

18 Uhr | HdB | Großenhainer Str. 93

**17 Bundesweiten Demo „Wir haben es satt!“**

**Stopp Tierfabriken, Gentechnik und TTIP! Für die Agrarwende!**

12:00 Uhr: Auftaktkundgebung in Berlin auf dem Potsdamer Platz  
12:30 Uhr: Demo zum Kanzleramt

Angebot: Plätze im Bus  
BUND Dresden: Die Fahrtkosten von 10 Euro oder Soli 15 Euro p.P. werden vor Ort entrichtet.  
Treffpunkt: Vorplatz am BHF Dresden-Neustadt  
**Anmeldung bitte per E-Mail:**  
[DemobusDresden@gmx.de](mailto:DemobusDresden@gmx.de)  
(ggf. auch 0351 / 838 1993)

**20 Drohneneinsatz – Auftakt zum Roboterkrieg der Zukunft**

Vortrag und Diskussion mit Norbert Schepers, Politikwissenschaftler, eine Veranstaltung der RLS Dresden  
19 Uhr | WIR AG | M.-Luther-Str. 21

**Fraktionssitzung**

18 Uhr | DIE LINKE-Fraktionsbüro  
Zimmer 176, 1. Etage | Dresdner Rathaus

**21 Film: Paris is burning**

Eine Veranstaltung von Irène Mélix und Theresa Schnell, in Zusammenarbeit mit Weiterdenken - Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen und der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen  
20 Uhr | kosmotique | M.-Luther-Str. 13

**22 Stadtratssitzung**

16 Uhr | Kulturrathaus | Königsstraße 15

**24 REIHE: JUNGE ROSA Der Drops ist gelutscht?! – Oder wie stehts mit dem Sexismus?**

Mit Korinna Linkerhand (Pädagogin in der lesbischen Mädchenarbeit, Hamburg), Sabrina Zachanassian (Studentin Erziehungswissenschaften/ Gender Studies, Berlin), eine Veranstaltung der RLS Dresden  
14 bis 18 Uhr | Wir AG | M.-Luther-Str. 21

**27 Öffentliche Stadtvorstandssitzung**

18 Uhr | HdB | Großenhainer Str. 93

**28 Vom Leben danach. Lebensrealitäten von NS-Verfolgten und ihren Kindern und Enkeln in der Nachkriegszeit**

Mit Patrick Pritscha, Kulturwissenschaftler, eine gemeinsame Veranstaltung des VVN BdA Region Dresden e.V. und der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen  
19 Uhr | Wir AG | M.-Luther-Str. 21

Ständige Termine im Roter Renner, Rudolf-Renner-Str. 49

Montag von 15:00-18:00 Uhr  
Mittwochs: 15:30-17:30 Uhr  
»Offenes Büro«

Sprechstunde Ortsbeirat  
Dienstags und Donnerstags  
von 16 bis 17:30 Uhr

jeden 1. Donnerstag:  
Stammtisch ab 15:30 Uhr

**KPF - Kommunistische Plattform in der LINKEN**

jeden zweiten Dienstag 15:30 Uhr  
im Haus der Begegnung - Empore

HARTZ IV-Beratung im HdB

Jeden Mittwoch  
14 bis 17 Uhr  
im Haus der Begegnung  
Großenhainer Str. 93  
Tel.: 0351-8583801

Rosa Luxemburg Stiftung

# Ein kleiner Jahresrückblick... und ein Blick nach vorn

von Stefanie Götze und Susann Scholz-Karas

2014 war für die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen (RLS Sachsen) ein ereignisreiches Jahr. Mit rund 240 Veranstaltungen in 17 Orten Sachsens - von der Lausitz bis zum Erzgebirge, von Nordsachsen bis ins Vogtland - gelang es in diesem Jahr, die Präsenz der RLS Sachsen außerhalb der Großstädte weiter auszubauen. Insbesondere das Informations- und Diskussionsformat zur den Ereignissen in der Ukraine war dabei sehr gefragt.

Mit dem gezielten Ausbau der Öffentlichkeit sowie einer neuen Gestaltung der Materialien und Internetseiten gelang es in diesem Jahr schon besser, neue Themengebiete wie Gesundheitspolitik, Ökologie oder Kultur(-politik) zu erschließen, neue Zielgruppen anzusprechen und eine breitere Öffentlichkeit zu erreichen.

Fünf Publikationen erschienen bei der RLS Sachsen bzw. wurden geför-

dert, unter anderem: „Demografischer Wandel im Spannungsfeld zwischen Globalem und Regionalem“ oder „Ferdinand Lassalle und der ADAV. Beiträge zum historischen Diskurs der Linken“.

Mit dem in 2014 gestarteten Bibliotheksprogramm kann man über einen Internetkatalog Einblicke in die Bestände der drei Bibliotheken nehmen und bequem von Hause aus recherchieren, unter [www.opac.rls-sachsen.de](http://www.opac.rls-sachsen.de).

Auch das Programm in Dresden war vielfältig und spannend. Durch bestehende und der Gewinnung neuer KooperationspartnerInnen und einer zielgenaueren Öffentlichkeitsarbeit gelang es uns zunehmend besser, auch bei Themen wie z.B. Nachhaltigkeit viele Frauen und Männer für unsere Veranstaltungen zu interessieren. Ferner haben wir uns neue Veranstaltungsräume erschlossen und gute bestehende Partnerschaften weiter ausgebaut. Bedan-

ken möchten wir uns bei unseren KooperationspartnerInnen, ReferentInnen, ModeratorInnen, StipendiatInnen, bei den Menschen, die geholfen haben, unsere Veranstaltungen in die Öffentlichkeit zu tragen und bei den ehrenamtlichen Mitgliedern des AK Dresden.

Die Bibliothek in Dresden konnte neue Leserinnen und Leser begrüßen. Vor allem das Engagement von Wilfried Trompelt zeigt sowohl vom Anblick, der Sortierung und der Zahl der NutzerInnen her Früchte.

Wir hoffen auch im nächsten Jahr auf eine gute Zusammenarbeit mit unseren Mitgliedern, KooperationspartnerInnen, StipendiatInnen und allen Interessierten. Das Programm für die ersten beiden Monate steht und wir würden uns freuen, wenn wir Euch für die eine oder andere Veranstaltung interessieren können. Weitere Informationen findet Ihr unter: [www.sachsen.rosalux.de](http://www.sachsen.rosalux.de).



Verdun am 15.03.1914  
Foto: Hermann Rex / wikipedia

## Cuba Si informiert

von Ursula Zierz

Das Jahr 2014 neigt sich dem Ende entgegen. Wir freuen uns, dass die UNASUR- und CELAK-Staaten durch ihr gemeinsame Bündnis zu einem friedlichen solidarischen Miteinander fanden und sie gegenüber den USA die Gleichberechtigung Kubas in ihrer Völkergemeinschaft gesichert und verteidigt haben. Wir hoffen sehr, dass die USA auf dem OAS-Gipfeltreffen von Panama (April 2015) endlich Schritte zu einer Annäherung an Kuba unternimmt, was die Voraussetzung für die Beseitigung der Blockade und die Amnestie für die drei inhaftierten Cuban Five schaffen könnte.

Euch, liebe Kuba-Freundinnen, danken wir für die solidarische Unterstützung unserer Projekte im Jahr 2014 für Kuba.

Die letzte Solisammlung vom 05. Dezember 2014 war sehr erfolgreich, da fast alle Spenden in guter Qualität waren und den Vorgaben entsprachen. Außer 22 instandgesetzter Fahrräder durch A u L („Arbeit und Lernen“), erhielten wir zahlreiches Werkzeug und Ersatzteile, 3200 dioptriestimmte Brillen und 7 Hörgeräte, Koffer, Spielzeug, zehn Kisten Bett- und Haushaltswäsche, Schreibmaterialien, einen PC mit Zubehör u.v.m.

An finanziellen Spenden gingen 995 Euro ein. Wir danken allen SpenderInnen, besonders: Ute Klaut, H. Pangrat, E. Stöckigt, H. Herfurth, H. Kniebling, Famielie Schönherr, U. Zierz, E. Semker, E. Helfer, Familie Berger, M. Kloß, Alfred Müller und der BO Radebeul mit der Initiatorin Dr. Ingrid Werner.

Hurra, die restlichen 1.000 Euro für die Bewässerungsanlagen des Projektes Guantanamo sind damit geschafft!

Euch und Euren Lieben wünschen wir für das Jahr 2015 vor allem Gesundheit und Wohlergehen! Uns allen aber wünschen wir die Kraft der Solidarität, die man braucht, um Menschen und Völkern zu helfen, die in Bedrängnis geratenen sind!

Mein Dank gilt meinen MitstreiterInnen und den Genossen Uli Reinsch, Maximilian Kretzschmar, Werner Gerathewohl mit Genossen für die Unterstützung der gesamten Soliarbeit.

Am 02.12.2014 lief im Filmtheater Kino in der Fabrik in der Tharandter Straße der Dokfilm „Die Kraft der Schwachen“. Dieser Film zeigte die erstaunliche Entwicklung des spastisch gelähmten jun-

Spendenkonto:  
DIE LINKE/Cuba Si Dresden  
Ostsächsische Sparkasse Dresden  
IBAN: DE 93 8505 030031 201 83074  
Verwendungszweck:  
„Milch für Kubas Kinder“

gen Kubaners Jorge Jerez. Durch das kostenlose Bildungs- und Gesundheitssystem seines Landes, die Unterstützung seiner Eltern, durch Freunde und vor allem durch seinen eigenen Willen konnte er sich soweit entwickeln, dass er im nächsten Jahr ein Journalistikstudium beginnen kann. Er betonte im anschließenden Podiumsgespräch, welche Bedeutung Vorbilder für ihn haben und wie er sich durch sein Schicksal an der Widerstandskraft der Cuban Five aufrichtet. Sein Lebensmotto lautet deshalb:

„Entscheidend ist nicht, wie oft Du stürzt, sondern, dass Du Dich wieder aufrichtest!“

Jorge Jerez bereist bis Jahresende mehrere Städte in der BRD, um Menschen für die Unterstützung des internationalen Kampfes: „Freiheit für die drei Cuban Five“ zu gewinnen. Beteiligen wir uns 2015 daran, dass es endlich gelingt!

Saludos solidarios!

## Frauen- und Genderpolitik

### 1. Bundesfrauenkonferenz

Vom 31. Januar - 1. Februar 2015 findet in Hannover die Bundesfrauenkonferenz der LINKEN im Freizeithaus Linden (Windheimstraße 4) in Hannover statt. Unter dem Motto „Tschüß Patriarchat, hallo gutes Leben!“ sind alle Interessierten eingeladen, gemeinsam zu diskutieren. Das Programm der Bundesfrauenkonferenz findet ihr unter:

[www.die-linke.de/politik/frauen/bundesfrauenkonferenz/bundesfrauenkonferenz-2015/](http://www.die-linke.de/politik/frauen/bundesfrauenkonferenz/bundesfrauenkonferenz-2015/)

Anmelden könnt ihr euch unter:

[bundesfrauenkonferenz](http://bundesfrauenkonferenz)

[@die-linke.de](https://twitter.com/die-linke)

### Freitag, 30. Januar, 19 Uhr

„Eigentlich habe ich nicht ein, sondern viele Leben gelebt...“ Lesung und Gespräch zu Leben und Werk von **Alexandra Kollontai**

Pavillon am Raschplatz, Hannover  
Lister Meile 4

aktuelle Infos: [www.nds.rosalux.de](http://www.nds.rosalux.de)

### 3. Frauen\*kampftag

Am 8. März 2015 wird in Berlin wieder eine Demonstration des Bündnis **Frauen\*kampftag** stattfinden. Nähere und aktuelle Informationen im Internet unter: [www.frauenkampftag2015.de](http://www.frauenkampftag2015.de)

### Redaktionsschluss 2015

21.01.2015, 11.02.2015  
04.03.2015, 15.04.2015  
06.05.2015, 03.06.2015  
08.07.2015, 09.09.2015  
30.09.2015, 28.10.2015  
10.12.2015

Impressum  
Herausgeber: DIE LINKE. Dresden  
Großenhainer Straße 93, 01127 Dresden,  
Tel.: 0351 8583801 Fax: 0351 8583802,  
[www.dielinke-dresden.de](http://www.dielinke-dresden.de)  
E-Mail: [linksblatt@web.de](mailto:linksblatt@web.de)  
V.i.S.d.P. Annekatrien Klepsch, Tilo Kießling  
Satz und Layout: Max Kretzschmar  
Mitarbeiter an dieser Ausgabe: Annekatrien Klepsch, Tilo Kießling, Katja Kipping, Uwe Schaarschmidt, Dieter Gaitzsch, Ursula Zierz, Sarah Buddeberg, Pia Barkow, Max Pagenkopf, Susann Scholz-Karas, Franziska Fehst, Dieter Gaitzsch, Kristin Hofmann, Anja Eichhorn  
Lössitzer Rundschau Druckerei GmbH, Cottbus  
Auflage dieser Ausgabe: 5.500 Exemplare, Vertrieb: Siblog, Schneller ist besser!



Aus dem Europaparlament

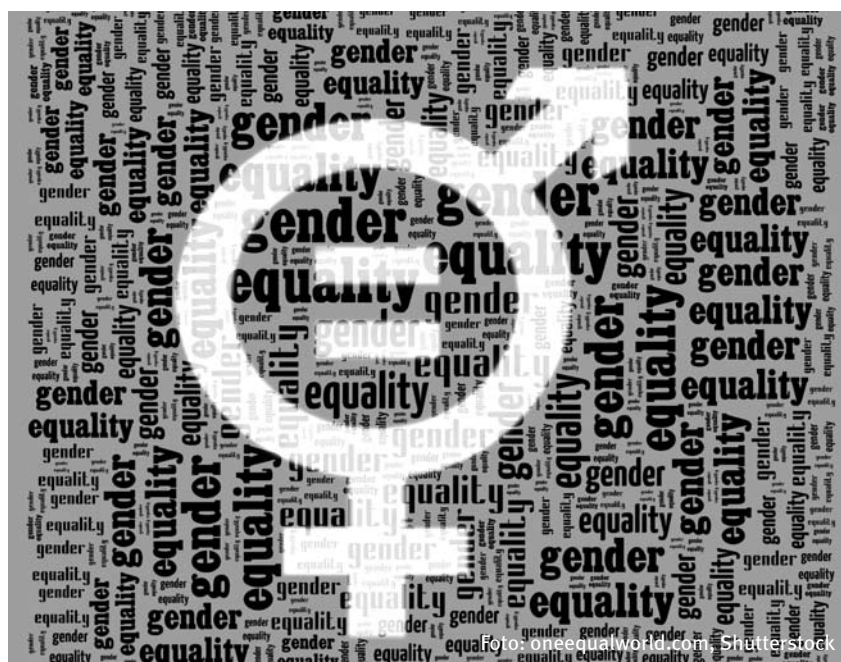
# Für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter

von Anja Eichhorn

Erst kürzlich feierte der Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichheit der Geschlechter, kurz FEMM, im Europaparlament seinen 30. Geburtstag. Grund genug um sich den Ausschuss einmal genauer anzusehen und zu prüfen, wie es in Sachen Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit in Brüssel aussieht.

Gegründet hatte sich der FEMM aus dem 1979 gebildeten Ad-hoc-Ausschuss für die Rechte der Frau und Chancengleichheit und ist seit 1984 ein ständiger Ausschuss im Europaparlament. In der neuen Legislatur setzt dieser sich aus 35 Mitgliedern und 32 StellvertreterInnen der verschiedenen Fraktionen zusammen. Dabei stellt die spanische Abgeordnete der Europäischen Sozialdemokraten (S&D) Iraxte Garcia Pérez den Vorsitz.

Unsere Koordinatorin im FEMM-Ausschuss für die Fraktion der Vereinten Europäischen Linken und Nordisch Grünen Linken (GUE/NGL) ist die Schwedin Malin Björk, mit der wir in gleichstellungspolitischen Fragen eng zusammenarbeiten. Denn für uns ist der Kampf für Geschlechtergerechtigkeit kein bloßes Lippenbekenntnis sondern ein demokratisches Prinzip, welches wir auf allen Ebenen durchsetzen wollen. So ist die GUE/NGL Fraktion mit einer Frauenquote von 52%, die einzige im Brüsseler Parlamentsbetrieb, mit mehr Frauen als Männern in der Fraktion. Überhaupt wird bei dem Blick in die Strukturen der Europäischen Union schnell klar - es gibt noch viel zu tun: Nach der Europawahl im Frühjahr dieses Jahres stieg der Anteil der Frauen



im Europaparlament zwar von 35% auf 36%, ist damit immer noch zu niedrig. Im Ländervergleich liegt Deutschland dabei mit 35 weiblichen, von insgesamt 96 Abgeordneten im hinteren Mittelfeld. Überraschenderweise liegt Malta hier mit 76% Frauen ganz vorn. Solcherlei Aufzählungen ließen sich mit dem Blick in die EU-Strukturen fortsetzen und offensiblen strukturelle Ungleichheitsverhältnisse, die wir nicht hinnehmen können.

In ganz Europa sind die Rechte von Frauen, der LGBT Community und anderen Minderheiten in Gefahr. Auf vielen Ebenen lässt sich ein mehr als gefährliches Rollback beobachten,

in welchem konservative, nationalistische und rassistische Strömungen versuchen, lang erkämpfte Rechte rückgängig zu machen und laufen Sturm gegen emanzipatorische Bewegungen. Dagegen müssen wir anhalten!

Eine wichtige Plattform und Verteidiger der Rechte der Frauen in der EU ist der FEMM im Europaparlament. Nicht zuletzt aufgrund der Initiativen und Diskussionsprozesse im Ausschuss sind Missstände aufs Tableau des Europaparlaments gelangt. Gleichwohl ist der Ausschuss wichtiges Sprachrohr für Frauenrechtsbewegungen in ganz Europa. In den letzten Jahren wurde viel er-

reicht und viele wichtige Berichte und Initiativen, nicht zuletzt durch linkes Einwirken, wurden angestoßen. Der Blick auf aktuelle Entwicklungen in Europa jedoch zeigt wie wichtig es ist, das Erreichte zu verteidigen und die Rechte von Frauen zu stärken. Als Linke setzen wir uns hier und im Europaparlament dafür ein, dass geschlechtsspezifische Unterschiede, nicht mehr in allen Bereichen des Lebens spürbar sind und kämpfen gegen Sexismus, die Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Homophobie und Rassismus. Es gibt noch viel zu tun, packen wir's an!

## „Brüderlich wie ein Wald, diese Sehnsucht ist alt“

von Kristin Hofmann

Ich muss sagen, meine Sehnsüchte waren vor der Geburt eigentlich genauso groß wie nach der Geburt meines Kindes in diesem Sommer. Nur haben sie sich verlagert, sind irgendwie „nachhaltiger“ geworden. Am größten ist, glaube ich, die Sehnsucht nach dem „guten Leben“. Lebt man nur für sich oder auch für andere? Wie soll man helfen? Wie soll man konsumieren, was soll man kaufen, sollte man überhaupt noch? Aber kostet Selbstmachen und Tauschen nicht zu viel Zeit, die dann mit der Familie fehlt? Bei diesen Überlegungen geht mir ein Lied nicht aus dem Kopf (siehe Grafik).

Ein Beispiel: Die Suche nach der perfekten Ökowerkzeugwindel hatte Erfolg. Das im Internet gefundene Produkt wurde regional in Brandenburg aus über 50 Prozent nachwachsenden Rohstoffen hergestellt und war kompostierbar. Und leider nirgendwo in Läden auffindbar. Die Nachfrage beim Hersteller gab Auskunft: Die Windel hat sich nicht mehr rentiert. Es hätte in unseren Händen als Konsumenten gelegen.

Hier liegt für mich das eigentliche Problem unserer Zeit – „Nichts wird sich von selbst nach vorn bewegen / Darum zählt auch nur das, was wir tun“. Viele



Leben einzeln und frei  
Wie ein Baum und dabei  
Brüderlich wie ein Wald  
Diese Sehnsucht ist alt.  
Sie gibt uns Halt  
In unserem Kampf  
Gegen die Dummheit, den Hass,  
die Gewalt  
Wir Gefährten im Zorn  
Wir Gefährten im Streit

Lied von Hannes Wader (nach Versen von Nâzım Hikmet)

Sag, bist du bereit  
Dich mit aller Kraft zu wehren  
Sie bekämpfen, zu bestehen?  
Du hast Mut genug  
Willst du unsern langen schweren Weg  
Gemeinsam mit uns geh'n?  
Willst du mit uns gehen dem Sieg entgegen?  
Komm, wir haben keine Zeit uns auszuruhen  
Nichts wird sich von selbst nach vorn bewegen  
Darum zählt auch nur das, was wir tun.

Entscheidungen sind in die private Verantwortung zurück verschoben. Sicherlich, (fast) jeder und jede kann sich Dank des Internets über Inhaltsstoffe, Herstellungsprozesse, Transportwege und demokratische Einflussmöglichkeiten informieren. Aber wer hat die Lust, die Zeit und – nachdem die Wahl auf ein gutes Produkt gefallen ist – auch das Geld dazu? Wenn wir die Verantwortung für ein gutes Leben in den eigenen Händen haben, wenn das zählt, was wir tun, dann brauchen wir auch die Möglichkeit das Richtige zu tun, gut zu leben – gut für unser Gewissen, gut für unsere Umwelt, gut für mein Kind. Natürlich möchte ich, dass er die gleiche Flora und Fauna kennenlernen kann wie ich. Dass er sie auf seinen Reisen bewundern kann.

Aber sind diese Reisen nicht eigentlich ein großer Grund dafür, dass Artenvielfalt dezimiert wird, durch respektlosen Tourismus sowie Emissionen? Natürlich will ich, dass er gut essen kann, bequem gekleidet ist. Aber ich will auch, dass er auf Thunfisch aus engmaschigem Fischfang verzichtet und auf T-Shirts aus den Menschenfabriken in Indien. Ich kann ihm das ermöglichen – das gute Leben. Aber warum haben nicht alle das Recht auf das gute Leben, warum können sich nicht alle ein gutes Gewissen leisten?

„Wer will, dass die Welt so bleibt wie sie ist, will nicht, dass sie bleibt.“ (Erich Fried) Wie schön wäre es, wenn wir alle gemeinsam an den besten Lösungen für unsere Sehnsüchte nach Konsumwaren

Foto: H. D. Volz / pixelio.de

im Gegensatz zu verantwortungsvollen Umgang mit der Natur und deren Rohstoffen finden könnten. Und steht das eigentlich immer im Widerspruch? Wenn die Industrie beispielsweise nicht ständig neue Sehnsüchte in uns wecken würde, und wir, die Verbraucher, uns nicht allzu oft über die konsumierten Waren definieren würden, wäre doch schon ein großer Schritt hin zum „guten Leben“ gegangen.

Dafür braucht es aber Mut zum ersten Schritt, das Wollen, sich oftmals auch einzuschränken, also die Wurst liegen zu lassen bzw. nochmal nach Hause zu gehen, um den vergessenen Stoffbeutel zu holen. Und es braucht eine Gemeinschaft, die auch jenen, die nicht so viel Geld haben, ermöglicht, diese Entscheidungen ebenfalls treffen zu können.

Denn es geht ja nicht nur um unsere (Enkel-)Kinder, es geht vor allem um die Sehnsucht, abends mit dem guten Gewissen einzuschlafen, alles getan zu haben. Das ist meine SEHNSUCHT.

Kristin schreibt auch für die Dresdner Obdachlosenzeitung DROBS, die sich im Januar das Motto Sehnsucht gesetzt hat. Dort erscheint der Artikel ebenfalls.